

~~NEWS~~

~~UPDATE~~

Sonderausgabe

AUSGABE 13



20 JAHRE

KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.



Wir feiern!

#UNSINTERES
SIERTVER
ÄNDERUNG

VORWORT

Ein Rückblick..... 4

RÜCKBLICK

In der Mitte des Weges 8

20 Jahre Beständigkeit durch
Wandlungsfähigkeit 10

AUS DER PRAXIS

Ein Haus für nationale Jugendarbeit in Zittau? 14

Gespräch zwischen Generationen 16

ÜBER DEN GROSSEN TEICH GESCHAUT

Ein Interview mit Jeremy Seitz-Brown
von FairVote..... 18

AUS DER PRAXIS

„Es gab Zeiten, da haben die Themen Flucht
und Asyl nur wenige interessiert“ 20

Mit Kontinuität menschenrechtsorientierte
Jugendgruppen stärken 21

Extrem demokratisch 23

Eine Geschichte der Fachstelle
Bildungsangebote 24

PROJEKTE

Erfolge: Besser spät als nie..... 26

Feldforschung mit Hintergrund..... 27

AUF EINEN BLICK

Tagungen/Veranstaltungen..... 28

Publikationen..... 28

Kontakte..... 30

Ein Rückblick auf 20 Jahre Kulturbüro Sachsen e. V.

Von Matthias Klemm, Mitglied des Vorstands*

Was war da los, damals vor 20 Jahren, reichlich zehn Jahre nach der „Einheit“, als die ersten mobilen Berater*innen ausrückten, um in Sachsen den (Neo-)Nazis und Rassist*innen die Stirn zu bieten, den wenigen Aufrechten den Rücken zu stärken und den (noch immer) ungeübten Demokratie-Verwaltern auf die Sprünge zu helfen?

Es war 2001, das erste Jahr im 21. Jahrhundert: der „Aufstand der Anständigen“ war in vollem Gange, „National befreite Zone“ war das Unwort des Vorjahres, die UNO deklarierte das „Internationale Jahr der Mobilisierung gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz“ und der Begriff der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ war noch nicht erfunden.

Global betrachtet war es die Zeit von Putin und Bush, Berlusconi und Blair, Schröder und Fischer bei uns und Schwarz-Blau in Österreich. Die frischgebackene CDU-Vorsitzende hieß Angela Merkel und Wowereit regierte Berlin („und das ist auch gut so“). In Genua fand der von Ausschreitungen überschattete G8-Gipfel statt und wir hatten bald keine D-Mark mehr, dafür Angst vor BSE und islamistischem Terror (Stichwort „Nine-Eleven“).

Und in Sachsen? Biedenkopf holte 1999 zum dritten Mal in Folge mit der CDU die absolute Mehrheit. Den Landtag mussten sie sich nur mit zwei Parteien, PDS und SPD, teilen. Es gibt zwar die „Soko REX“ – im Übrigen hält Biedenkopf die Sachsen aber für „immun“, was den Rechtsextremismus betrifft. Derweil verbreiten (Neo-)Nazis und ihre Kameradschaften Angst und Schrecken auf den Straßen und in den Clubs in den ländlichen Gebieten. Die NPD ist außerhalb ihrer Hochburgen noch relativ schwach, der NSU mordet bereits unerkannt im Untergrund und das Hochwasser des nächsten Sommers ist noch nicht abzusehen.

Die Geschichte des Kulturbüros begann in einem kleinen Hinterhaus in der Dresdner Neustadt. Hier wurden die Konzepte entworfen, um dem meist hilf- und/oder kritiklosen Akzeptieren von rechter und rassistischer Gesinnung in der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Hier wurden Anträge beim neuen Bundesprogramm CIVITAS gestellt

und die notwendigen Mitarbeiter*innen für die ersten drei Beratungsteams in den sächsischen Regierungsbezirken Pirna, Wurzen und Neukirchen (bei Chemnitz) eingestellt. Die systemischen Beratungsansätze aus dem Community Organizing und der Soziokultur standen Pate.

20 Jahre Kulturbüro heißt zuallererst: 20 Jahre „Mobile Beratungsteams“ (MBT)

Die Mobilen Beratungsteams waren anfangs ein Projekt des Vereins Büro für Freie Kultur- und Jugendarbeit e. V. (Kulturbüro Dresden). Der damalige Träger beschreibt in der Chronik auf seiner Webseite die wesentlichen Aufgaben und Ziele der Mobilen Beratungsteams kurz und prägnant: „Sie beraten sachsenweit lokale Vereine, Jugendinitiativen, Kirchgemeinden, Netzwerke, Firmen sowie Kommunalpolitik und -verwaltung mit dem Ziel, rechts-extremistischen Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Die Projektleitung/Geschäftsführung hat seitdem Grit Hanneforth inne, damals noch zusammen mit Friedemann Bringt. Anfang 2004 wurden die Mobilen Beratungsteams dann dem neu gegründeten Kulturbüro Sachsen e. V. übertragen. Seitdem kamen viele weitere Projekte in den Bereichen Demokratietriebung, Gemeinwesenarbeit, Jugendhilfe, Empowerment und soziokulturelle Animation hinzu. Die Herangehensweise war immer davon geprägt, die Perspektive von marginalisierten Gruppen und Betroffenen im Gemeinwesen sichtbar zu machen und ihnen ein Forum zu bieten. Aber stets braucht(e) es – als *conditio sine qua non* – eine vitale und couragierte Bürgerschaft oder Vereinsführung oder Rathausspitze vor Ort, die den Willen und den Mut hat, Rassismus beim Namen zu nennen (statt geizert von „Fremdenfeindlichkeit“ zu sprechen) und Zustände zu verändern.

Natürlich waren wir damals nicht die Ersten – und nicht die Einzigen. Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) zielte auf direkte Bildungsarbeit mit Schülerinnen und Schülern ab, die RAAs engagierten sich vorbildlich in der Jugend- und Aussiedlerarbeit, Gewerkschaften sensibilisierten für das Thema in Betrieben und Verwaltungen, die Kirchen in ihren Gemeinden, Initiativen und Vereine in allen Teilen Sachsens kämpften gegen den erstarkenden Rechtsextremismus an und brachten Licht

ins Dunkel der Strukturen und Personen der rechten Szene. Viele Künstlerinnen und Künstler zeigten Gesicht u. a. auf dem jährlichen Courage-Konzert, der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse reiste durch die Provinz und hörte den jungen Leuten zu, die teils massive Gewalt und Einschüchterung erfahren hatten und an der zur Schau gestellten Nicht-Zuständigkeit der Behörden schier verzweifelten – und obendrein als „Nestbeschmutzer“ galten.

Aber sie gaben nicht auf. In vielen Orten Sachsens standen die Leute auf, zeigten Gesicht, nutzten das Versammlungsrecht. Und mussten lernen, dass niemand widersprach, wenn sie es nicht taten. Dass niemand in Hör- und Sichtweite protestierte, wenn sie es nicht taten. Und dass es manchmal nur mit zivilem Ungehorsam als letztes Mittel möglich war, die (Neo-)Nazis am Demonstrieren zu hindern (Stichwort „Blockieren“). So entstanden neue Bündnisse und Initiativen. Und mittendrin die Beraterinnen und Berater der Mobilen Beratungsteams mit ihrem Know-how: als Impulsgeber*innen, Türöffner*innen, Moderator*innen und Begleiter*innen.

Mittlerweile ist der Verein gewachsen, die Bürostandorte haben sich geändert, Mitarbeiter*innen kamen-geblieben-gingen, Projekte starteten und endeten. Da stellt sich schon die Frage: Gab es auch so etwas wie Kontinuität? Was ist geblieben, über all die Jahre? Es ist der Mut zur Veränderung. Und die interessiert uns. Das ist unser Motto. Denn verändern heißt bewegen, heißt leben, heißt einen Plan haben, wohin es gehen könnte. Dazu müssen wir wach bleiben, aufmerksam die gesellschaftlichen Veränderungen registrieren, ähnlich wie Seismologen die Erschütterungen durch Erdbeben beobachten. Wir müssen proaktiv auf die Politik zugehen und einwirken und mögliche fatale Entwicklungen aufzeigen und aufhalten. Das bedeutet für uns ganz konkret: aktiv bleiben, vernetzen, handeln, nicht nur zuschauen und Chroniken schreiben.

Doch diese Arbeit wurde uns nicht immer leicht gemacht, oft wurden uns Steine in den Weg gelegt. Jedoch: Wir haben überlebt. Trotz allem. Und mit der Hilfe von außen – vor allem.

2007 standen wir kurz vor der Insolvenz, da das (Un-)Zuständigkeits-Hick-Hack der Bundes- und Landesbehörden seinen traurigen Höhepunkt erreicht hatte. Hier half vor allem, neben der Lobbyarbeit auf allen Ebenen, Annetta Kahane mit der Amadeu-Antonio-Stiftung schnell und anstandslos durch das „Tal der Tränen“. Doch nicht

nur die sächsischen Behörden hatten uns auf dem Kieker und beargwöhnten kritisch unsere Arbeit (Stichwort Extremismusklausel). Auch durch (Neo-)Nazis selbst standen wir unter Beobachtung: durch Anfragen der NPD und AfD im Landtag, durch Denunziationen im Internet und Verleumdungen bei PEGIDA-Kundgebungen, und tragischerweise auch durch Überfälle auf unsere Mitarbeiter*innen. Aber ihr, liebe Mitarbeiter*innen, habt euch nicht einschüchtern lassen, ihr habt weitergemacht, weil ihr euch auf euer Team verlassen konntet, weil ihr euch auf die Solidarität eurer Partner*innen und Netzwerke verlassen konntet. Ihr seid die wahren Verfassungsschützer*innen im besten Wortsinne (auch wenn eure finanzielle Eingruppierung etc. noch immer nicht so geregelt werden konnte, wie es eigentlich sein müsste).

Darum soll an dieser Stelle auf das allerherzlichste gedankt werden: allen Mitarbeiter*innen (ehemaligen und aktiven), den Vereinsmitgliedern und Netzwerkpartner*innen, dem Beirat, allen Impuls- und Fördermittelgeber*innen sowie natürlich den Spender*innen. Und allen, die sich immer wieder für uns eingesetzt haben. Das ist wichtig, tut gut und verdient Respekt.

Schon der alte Goethe hatte ja in seinem „Faust“ eine wichtige Erkenntnis (und nannte sie sogar der „Weisheit letzter Schluss“): „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss“. Und mit der Demokratie verhält es sich ganz genauso!

Und wenn wir jetzt zurückblicken, auf die Kämpfe, Krisen und Erfolge der „letzten zwei entscherten Jahrzehnte“ (Heitmeyer), dann können wir feiern. Denn wir haben überlebt und das Land ein kleines Stück verändert und besser gemacht. „Und im Vorgefühl von solchem hohen Glück genießt ich jetzt den höchsten Augenblick“. Happy Birthday, Kulturbüro!

Matthias Klemm





... Workshops organisiert und an Workshops teilgenommen

Workshop mit Beteiligung US-Generalkonsulat 2014



... Initiativen und Netzwerke gegründet oder bei der Gründung unterstützt

Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus 2010

... Teamausflüge gemacht

Teamausflug 2019

IN DEN LETZTEN 20 JAHREN HABEN WIR:



... Tagungen (mit)organisiert und an Tagungen teilgenommen

Tagung zum Thema Extremismus 2010, gemeinsam mit Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen, u.a.



... Pressekonferenzen abgehalten und die Öffentlichkeit über unsere Themen informiert

Pressekonferenz zu den „Geh Denken“ Aktionen um den 13. Februar 2009 in Dresden. V.l.n.r.: Grit Hanneforth (Kulturbüro Sachsen), Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung), Martin Dulig (SPD), Ralf Hron (DGB), Cornelia Ernst (Die Linke) und Johannes Lichdi (Bündnis 90/Die Grünen)

... Unsere Arbeit mit kreativen Methoden evaluiert

Projektabschluss_2012



... Workshops organisiert und an Workshops teilgenommen

Workshop im Jahr 2015





In der Mitte des Weges

Standortbestimmung zur Verankerung des Kulturbüro Sachsen e. V. in herausforderndem Terrain

In den 90er Jahren war das politische Klima in vielen sächsischen Orten und Regionen geprägt von der Dominanz von Neonazistrukturen, Kameradschaften und Übergriffen bis hin zur Entwicklung von Angstzonen, in denen sich nicht-rechte Personen und Migrant*innen nicht zutrauten, sich zu bestimmten Tageszeiten frei zu bewegen.¹ Solche Strukturen reichten bis hin zu rechten Terrorgruppen, wie dem später selbstenttarnten NSU oder den 2001 vom sächsischen Innenministerium verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“, die aber bis über die Mitte der 2000er Jahre in Sachsen weiter aktiv und gefährlich blieb. Es gab eine Vielzahl von Gründen dafür, dass sich solche Strukturen nicht nur, aber insbesondere auch in Sachsen ausbreiten konnten. Wir nennen hier nur die uns am wichtigsten erscheinenden und verweisen dabei auf weiterführende Literatur aus zwanzig Jahren Publikationstätigkeit des Kulturbüro Sachsen:

- eine sich zum Ende der DDR etablierende Melange aus rassistischen und antisemitischen Haltungen in der Bevölkerung und einer gewalttätig rassistischen Skinheads subkultur, die zum Teil von Staatseliten und Stasi als Gegenpool zu oppositionellen Gruppen und Jugendkulturen geduldet und zu ihrer Einschüchterung genutzt wurden,²
- staatliche Förderprogramme mit Täterfokussierung, wie das AGAG-Programm Anfang der 90er Jahre,³ das – in Ostdeutschland mit schlecht ausgestatteten Jugendhilfestrukturen und großer Scheu vor politischen Auseinandersetzungen umgesetzt – rechte Subkulturen zusätzlich stärkte,⁴
- fehlende Sensibilität von Politik, Verwaltung, Strafverfolgungsbehörden und vielen meinungsführenden Eliten hinsichtlich dieser Problemlage und eine bis heute nachwirkende Entlastungsstrategie bis in höchste Regierungskreise hinein, rechte Gewalt mit dem Verweis auf linke Strukturen oder Extremismus von links und rechts zu bagatellisieren,⁵
- eine in Ostdeutschland besonders verbreitete Perspektivlosigkeit als Folge von Transformationsprozessen und sozialer Deklassierung und damit verbundene Abwendung weiter Teile von der ohnehin nur schwach ausgebildeten demokratischen Zivilgesellschaft.⁶

Neonazistrukturen aus den alten Bundesländern erkannten die Anschlussfähigkeit an Diskurse und die strukturelle Schwäche einer menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft in Ostdeutschland und investierten in ihr Projekt einer aggressiv eigenwohlorientierten völkischen Zivilgesellschaft.⁷ Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche – nicht gefestigter demokratischer Strukturen einerseits und Einstellungen der Bevölkerung andererseits – entstanden Leerstellen, in denen extrem rechte Akteur*innen gut an die aus der DDR überkommenen autoritären, nationalistischen und teilweise rassistischen Grundhaltungen anknüpfen konnten.⁸ Schon kurz nach dem Mauerfall trafen sich Führungsfiguren des westdeutschen Neonazismus mit Vertretern ostdeutscher extrem rechter Gruppen, die sich Mitte der 80er Jahre etablierten, in Ostberlin. Ab Mitte der

90er Jahre verfolgte auch die NPD einen „Aufbau Ost“: Der Parteiverlag Deutsche Stimme wurde ins sächsische Riesa verlegt, die Bundesgeschäftsstelle der Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) nach Dresden. Dresden wurde als „Hauptstadt der Bewegung“ deklariert und Logistikpunkte im Osten geschaffen, von denen aus organisiert und publiziert werden konnte.⁹ Während sich wache Demokrat*innen in Sachsen gegen diese Entwicklungen und den damit verbundenen Rechtsdrift der Gesellschaft stemmten und ab 1998 die in Chemnitz und später in Zwickau untergetauchten Rechtsterrorist*innen des NSU mindestens zehn Menschen ermordeten, vermochte der damalige sächsische Ministerpräsident Biedenkopf keinen verstärkten Bedarf an staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu erkennen. Sein Paradigma, die Sachsen seien „völlig immun [...] gegenüber rechtsradikalen Versuchen“,¹⁰ prägte die Handlungslogik weiter Teile der sächsischen (Kommunal-)Politik und Verwaltung auf Jahre.

In Ostdeutschland entstanden im Herbst 1989 zahllose Runde Tische, die versuchten, ihren Anspruch auf Mitbestimmung unter den neuen Bedingungen der parlamentarischen Demokratie umzusetzen. Von dieser Politisierung breiter gesellschaftlicher Gruppen profitierten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auch Initiativen und Bündnisse, die sich nicht mit dem immer stärker organisierten Neonazismus im Osten abfinden wollten. Auch in Sachsen versuchten solche zivilgesellschaftlichen Akteure, ihre neue demokratische Freiheit zu nutzen und den neonazistischen Erscheinungen sowie der Untätigkeit der politischen Eliten und der Strafverfolgungsbehörden ihr Engagement entgegenzusetzen. Dabei mussten in der Post-DDR zivilgesellschaftliche Strukturen vielfach erst aufgebaut und selbstbestimmtes politisches Handeln erlernt werden. So hatten zivilgesellschaftliche Bündnisse, die in dieser Zeit in Ostdeutschland entstanden, notwendigerweise einen anderen Bezugsrahmen als thematisch ähnlich gelagerte Bündnisse in den alten Bundesländern. Die langjährige Erfahrung mit Lobbyarbeit und demokratischen Aushandlungsformaten fehlte ebenso wie der ge-

sellschaftliche Rückhalt der Post-68er-Gesellschaft. Als lang nachwirkendes DDR-Erbe erwies sich, vor allem auf kommunaler Ebene, ein autoritärer Politikstil. Selbstbe-



Friedemann Bringt (r) im Gespräch mit Martin Dulig (Vorsitzender der SPD Sachsen) bei der Extremismustagung im Jahr 2010

stimmte Beteiligung von Bürger*innen wurde häufig eher als Behinderung der (Verwaltungs-)Arbeit, nicht als Bereicherung betrachtet. Politische Bildung, öffentliche Debatten über demokratische Mitbestimmung, den Umgang mit rechter Gewalt oder die Integration geflüchteter oder asylsuchender Menschen in den Lebensalltag werden vor dem Hintergrund solcher autoritäreren Grundierungen im kommunalen Alltag bisweilen vorschnell als ideologisch überfrachtend diffamiert. Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft fanden sich in den Dörfern und Kleinstädten in kleinen, oft marginalisierten Gruppen zu-

1 | Vgl.: Feustel (2014): S. 10 ff.

2 | Vgl.: Bringt (2021): 140 ff.

3 | Vgl.: Feustel (2014): S. 67 ff.

4 | Vgl.: Bringt/Hanneforth/Starosta (2009): 140 ff.

5 | Vgl.: KBS (2020): S. 23 ff.

6 | Vgl.: Hanneforth/Nattke (2012): 10.

7 | Vgl.: Bringt (2021): 140 ff.

8 | Vgl.: Bringt/Hanneforth/Starosta (2009): 143.

9 | Hanneforth/Nattke (2012): S. 8 f.

10 | SÄZ (28.9.2000): Interview mit Kurt Biedenkopf; zitiert in: Bringt/Hanneforth/Starosta (2009): 145.

sammen, die häufig eigene Betroffenenbiographien aufgrund zahlloser rechter Übergriffe und Gewalttaten bewältigen mussten und dabei politisch aktiv sein wollten. Die Situation in Mittel- oder Großstädten war zumeist aufgrund der zahlenmäßig größeren Gruppen etwas besser. Dennoch bestand der aktive Kern, der sich sichtbar Neonaziaktivitäten entgegenstellte, bis Mitte der 2000er Jahre beinahe ausschließlich aus jungen Antifaschist*innen, die in die Leerstelle der Gesellschaft eintraten und dafür diskreditiert und kriminalisiert wurden.

Dies ist der gesellschaftliche Erfahrungshintergrund vor dem das Kulturbüro Sachsen e. V. seine Arbeitsfelder mit Mobiler Beratung in Sachsen ab Juli 2001, mit der Fachstelle Jugendhilfe ab 2005, mit dem Arbeitsfeld Empowerment und Gemeinwesenarbeit ab 2005 und schließlich dem Arbeitsfeld Bildungsangebote ab 2011 entwickelte und in dem diese Arbeit seit nunmehr zwanzig Jahren weiterentwickelt und professionalisiert wird. Zu Beginn der Arbeit stellte noch die eingangs beschriebene soziokulturelle Verankerung neonazistischer Strukturen und rechter Gewalt das Hauptthemenfeld der Arbeit dar. Anschlussfähig an eine in Teilen reaktionär-rassistische Bürger*innenschaft wurden diese Akteure auch durch ihre Aufmärsche anlässlich des Gedenktages an die Bombardierung Dresden im Zweiten Weltkrieg, dem 13. Februar, die auf ihrem Höhepunkt 2008–2011 die europaweit größten Neonaziaufmärsche darstellten. Die damit verbundene Normalisierung menschenfeindlicher Haltungen war die Grundlage des Erstarkens der Pegida-Bewegung im Herbst 2014, die von Dresden aus ihre rassistisch motivierte Aggressivität in die bundesdeutsche Gesellschaft trug. Mit der Einwanderung geflüchteter Menschen schossen auf dem von Neonazis, Pegida und reaktionären Bürger*innen vorbereiteten Nährboden überall in Sachsen asyl- und flüchtlingsfeindliche Initiativen wie Pilze aus dem Boden. Auch die aktuellen rechtsoffenen Proteste gegen die Coronapolitik in Sachsen gedeihen auf dieser Grundlage.

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin und
Friedemann Bringt, Bundesverband Mobile Beratung

20 Jahre Beständigkeit durch Wandlungsfähigkeit

Wandlungs- und Adaptionfähigkeit sowie Fehlerfreundlichkeit¹¹ waren die Grundprinzipien, die das Kulturbüro Sachsen e. V. und seine Mitarbeiter*innen in Reaktion auf diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Diskurse und ihre Nutzung und Aufladung durch rassistisch-reaktionäre Akteure entwickeln mussten. Für die Organisationsstruktur bedeutete dies, sich diesen gesellschaftlichen Problemlagen anzupassen, und für die Mitarbeiter*innen fortlaufend neue Antworten und Angebote zu entwickeln. Die Mobilen Beratungsteams erwiesen sich dabei nicht nur als aufsuchendes Allzwecktool in der Beratung und Begleitung demokratisch engagierter Gruppen oder als Unterstützung für kommunale Verwaltungen und Politik. Sie waren und sind auch Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen und Themenfelder, die im Kulturbüro Sachsen e. V. konzeptionell untersetzt und in Angebotsformen übersetzt werden. Die Adaptionfähigkeit und Kreativität der Mitarbeiter*innen von den Beratungsteams bis hin zu Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit war die Voraussetzung für tragfähige Reaktionen auf und Angebotsformate für neue gesellschaftliche Entwicklungen. Drei wesentliche Punkte ermöglichten es dem Kulturbüro Sachsen e. V., trotz immer wiederkehrender finanzieller Unsicherheiten, bis heute einen Beitrag für eine offene, demokratische und menschenrechtsorientierte Gesellschaftsvision¹² zu leisten:

1. Klarer Arbeitsgegenstand und fachliche Haltung aller Arbeitsbereiche des Kulturbüro Sachsen e. V. bilden den Kompass unserer Arbeit:

Ideologien der Ungleichwertigkeit, wie Rassismus und Antisemitismus, stellen den Arbeitsgegenstand der unterschiedlichen Bereiche im Kulturbüro Sachsen dar. Damit verbunden ist eine klare Absage an die ordnungspolitische Perspektive der Extremismusbekämpfung. Sie stellt keine sozialwissenschaftliche Analysekategorie und somit auch keine fachliche Gegenstandsbeschreibung für Arbeitsfelder dar, deren gesellschaftlicher Arbeitsauftrag die Förderung von Demokratie und Menschenrechten und

die Zurückdrängung von Ideologien der Ungleichwertigkeit ist. Stattdessen orientiert sich die Arbeit des Kulturbüro Sachsen e. V. fachlich am sozialprofessionellen Dreifachmandat und der darin verankerten Menschenrechtsorientierung.¹³ Die Ursprünge dieser Fachverortung liegen in den Erfahrungen und Fachdebatten sozialer Menschenrechtsbewegungen, wie der Frauenrechtsbewegung, der amerikanischen Bürger*innenrechtsbewegung und den antikolonialen Befreiungsbewegungen. Diese Verortung liegt den mit Beratung und Bildung verbundenen Arbeitsfeldern des Kulturbüro Sachsen e. V. näher, als die Bezugnahme auf statische Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.¹⁴

Im Zuge dieser Haltungs- und Selbstverortungsdiskurse kommt das Kulturbüro Sachsen e. V., ebenso wie viele andere zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände bundesweit immer wieder mit staatlich verordneten Extremismusklauseln und Neutralitätsgeboten in Konflikt. Aus der Perspektive einer nichtstaatlichen Organisation kann die Arbeit für demokratische Kultur und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit, wie sie Mobile Beratung, Jugendhilfeberatung, Gemeinwesenarbeit und politische Bildungsarbeit als Arbeitsfelder des Kulturbüro Sachsen e. V. darstellen, nie „neutral“ oder „politisch indifferent“¹⁵ gegenüber Ideologien der Ungleichwertigkeit sein.

2. Vernetztes Arbeiten sowohl in den Regionen Sachsens als auch landes-, bundes- und europaweit ermöglicht Nachhaltigkeit:

Allein zu stehen war und ist keine Option für das Kulturbüro Sachsen e. V. Eine entscheidende Strategie in der nachhaltigen Verankerung der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und Alltagsrassismus in der sächsischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft stellte die solidarische Stärkung von Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft in Sachsen dar, die durch das Kulturbüro Sachsen e. V. in der Zusammenarbeit mit landes- und bundesweiten Partnerorganisationen vernetzt und strukturbildend unterstützt wurden. Beginnend mit dem Landesnetzwerk „Tolerantes Sachsen“ ab 2002, über die Organisation landesweiter Konferenzen von Asylinitiativen, die Beteiligung am Aufbau eines sächsischen Bündnisses gegen Rassismus oder der AG Aus-

einandersetzung mit dem Nationalsozialismus hält die solidarische Netzwerkarbeit mit den vielfältigen Kooperationspartnern bis heute in Sachsen an. Ohne diese bunte Initiativenlandschaft in Sachsen und deren partnerschaftlichen Unterstützung strukturschwächerer Akteur*innen hätte Sachsen heute ein anderes Gesicht. Strukturbildung in den Regionen erforderte aber immer auch ein vernetztes Arbeiten in bundesweiten und europäischen Kontexten. Ohne den Blick über den sächsischen Tellerrand und die Unterstützung durch starke Partner, wie der Amadeu Antonio Stiftung, dem europäischen Netzwerk UNITED for Intercultural Action, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Einzelgewerkschaften, der Stiftung Mitmensch und schließlich dem Bundesverband Mobile Beratung e. V. hätte es manche Konferenz, manches Arbeitsfeld im Kulturbüro Sachsen e. V., manches Netzwerk in Sachsen und schließlich die Aufmerksamkeit, die die sächsische Politik diesem Themenfeld heute widmet, nicht geben können. Besonders in der Frühphase der Arbeit nach dem Sommer 2001 wäre ohne die Unterstützung von außen die Arbeit des Kulturbüro Sachsen e. V. – damals ausschließlich aus dem Bundesprogramm CIVITAS finanziert – nicht möglich gewesen.

Nicht zuletzt soll im Zusammenhang mit Kooperations- und Netzwerkarbeit auch auf das besonders bedeutsame Feld des Wissenschaft-Praxis-Transfers und die Kooperation des Kulturbüro Sachsen e. V. mit Hochschulen und Forschungsinstituten eingegangen werden: So arbeiten Vertreter*innen der Evangelischen Hochschule Dresden und der Hochschule Mittweida intensiv im Beirat des Kulturbüro Sachsen e. V. mit. Besonders die soziologische Einstellungsforschung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld lieferte dem Kulturbüro Sachsen e. V. bis hin in die gemeinwesenorientierte Praxis der Arbeitsfelder wichtige Impulse und argumentative Referenzpunkte. Der Arbeitsbereich Mobile Beratung hatte dabei

11 | Vgl.: KBS-Leitbild; Im Internet: <https://kulturbuero-sachsen.de/ueber-uns/leitbild/> (letzter Zugriff: 9.3.2021).

12 | Ebd.

13 | BMB (2017): 11, vgl. auch: Staub-Bernasconi (2003): 17 ff.

14 | Vgl.: Nattke/Göpner (2012): S. 21 f.

15 | Hufen (2018): S. 217.

das Privileg, seit seiner Einführung mit der Gründung des Kulturbüro Sachsen e. V. ununterbrochen forschend begleitet und evaluiert zu werden. Für einige wenige Projekte im Arbeitsbereich Empowerment und Gemeinwesen konnte das Kulturbüro Sachsen e. V. eigens eine wissenschaftliche Evaluation durch die Evangelische Hochschule Dresden und das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration in Berlin organisieren und finanzieren. Die Ausrichtung der Arbeitsbereiche und Themen entlang wissenschaftlicher Befunde und empirischer Forschung bleibt für das Kulturbüro Sachsen e. V. ein wichtiges Anliegen, gerade auch in einer Zeit, die durch virtuelle Echo-kammern sozialer Medien und esoterische Wissenschafts-feindlichkeit zunehmend von Faktensresistenz geprägt ist. So hat der Arbeitsbereich Mobile Beratung im Kulturbüro Sachsen e. V. im Jahr 2020 den Zertifizierungsprozess nach KQB (Kundenorientierte Qualitätstestierung für Beratungsorganisationen) mit externer Prüfung erfolgreich abgeschlossen. Mit dem Institut für angewandte Demokratie- und Sozialforschung e. V. entwickelt das Kulturbüro Sachsen mit universitären Partnern ein neues Forschungsinstitut, das die Gestaltung demokratischer Gemeinwesen mit neuen Formaten politischer Bildung und angewandter Praxisforschung verbindet.

3. Langfristige gesellschaftliche Unterstützung und verlässliche öffentliche Finanzierung sind eine unerlässliche Grundlage zivilgesellschaftlicher Arbeit:

Nach den Anfangsjahren, in denen ausschließlich der Bund und wenige freie Quellen die Arbeit des Kulturbüro Sachsen e. V. finanzierten, entstanden bereits 2004 die ersten Konturen für das bis heute wirkende Förderprogramm Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz. Dieses Förderprogramm stellte mit der damit verbundenen staatlichen Wertschätzung der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit eine wichtige Zäsur in der Landespolitik dar und fördert bis heute eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Projekte und Akteur*innen. Die Grundlage für dieses durch die sächsische SPD in die Landespolitik eingebrachte Förderprogramm legten auch die sächsischen Initiativen und Projekte, die im Netzwerk Tolerantes Sachsen dafür langjährig in der Lobbyarbeit aktiv waren.

Die Finanzierung eines freien Trägers wie des Kulturbüro Sachsen e. V. durch öffentliche Mittel, birgt viele Herausforderungen. Neben einer ordnungsgemäßen Beantragung und Abrechnung der Mittel muss insbesondere die Finanzierung der Förderung für demokratische Kultur gegen Rechtsextremismus jährlich beantragt und abgerechnet werden. Dieses häufig als „Projektitis“ kritisierte Förderverfahren bindet eine Unmenge von Energie und erwies sich in der zwanzigjährigen Geschichte des Kulturbüro Sachsen e. V. mehr als einmal als äußerst instabil. Es brauchte viel Kreativität und organisatorische Vorschau, einen Träger so zu etablieren, das Wachstum und Schrumpfung gleichermaßen möglich sind. Flexibilität und geistige Mobilität sind im Kulturbüro Sachsen e. V. nicht nur für die inhaltlichen Arbeitsfelder Einstellungskriterium, sondern auch in der Geschäftsstelle und der Finanzverwaltung, ohne die der Status Quo nicht erreicht worden wäre. Mehr als einmal mussten unsere Mitarbeiter*innen gekürzte Lohnabschläge und Arbeitszeiten aufgrund ausbleibender Fördermittel in Kauf nehmen. Nicht jeder Arbeitsbereich, der in den vergangenen zwanzig Jahren entwickelt wurde, ließ sich auf Dauer finanzieren. So musste der Arbeitsbereich grenzüberschreitende Zusammenarbeit, der dem Kulturbüro Sachsen e. V. unter anderem vielbeachtete internationale Kolloquien zur sächsischen Erinnerungskultur und eine Publikation zur Zusammenarbeit von Neonazis in Deutschland und Tschechien einbrachte, aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten geschlossen werden. Der jahrzehntelange Kampf um eine Ausweitung der Mobilen Beratung und den Aufbau weiterer Regionalbüros in Zwickau und Görlitz hat sich dagegen im vergangenen Jahr 2020 durch eine Förderaufstockung durch das Staatsministerium für Soziales und Gesundheit ausgezahlt. Seit ca. fünf Jahren steht das Kulturbüro Sachsen e. V. finanziell und strukturell auf solider Basis.

Es ist jedoch aber das Anliegen des Vereins, wie vieler anderer zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte in der Bundesrepublik, durch ein Demokratiefördergesetz des Bundes eine längerfristige Finanzierungsperspektive über mehrere Jahre hinweg, mehr aber noch eine öffentliche Anerkennung für diese gesellschaftlich bedeutsame Arbeit zu erhalten.

Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und der Förderung einer



Grit Hanneforth bei der Feier des zehnjährigen Bestehens des Kulturbüro Sachsen e. V. im Jahr 2011

vielfältigen Initiativenlandschaft sind heute in Bundes- und sächsischer Landespolitik angekommen. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst der in diesem Text dargestellten langjährigen Arbeit des Kulturbüro Sachsen e. V. sowie der sächsischen und bundesweiten Initiativenlandschaft insgesamt.

Der Erfolg gehört den Menschen vor Ort, die täglich unter sehr herausfordernden und zum Teil emotional unvorstellbaren Bedingungen eine unverzichtbare zivilgesellschaftliche Arbeit für demokratische Alltagskultur in ihren Städten und Gemeinden leisten. Sie, ihre Vernetzungen und Anliegen unterstützen und begleiten zu können ist ein Privileg, das unsere Arbeit interessant, bereichernd und auch persönlich wertvoll werden lässt.

Deshalb soll am Ende dieses Fluges durch zwanzig Jahre Geschichte des Kulturbüro Sachsen e. V. auch ein großes Dankeschön stehen: Als Kulturbüro Sachsen e. V. sind wir stolz, dass wir diesen langen Weg mit Partnerorganisationen und Weggefährt*innen gehen konnten. Unser besonderer Dank gilt aber den Sächs*innen, die ihr gesellschaftliches Umfeld nicht für „immun [...] gegenüber rechtsradikalen Versuchungen“ hielten und halten, die sich täglich neu auf den Weg machen, die Gesellschaft weltoffen, menschenwürdig, antirassistisch und demokratisch zu gestalten. In diesem Sinne bleiben wir auch künftig „interessiert an Veränderungen, die eine emanzipatorische Gesellschaft“¹⁶ gestalten.

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin und
Friedemann Bringt*, Bundesverband Mobile Beratung



¹⁶ | KBS-Leitbild; Im Internet: <https://kulturbuero-sachsen.de/ueber-uns/leitbild/> (letzter Zugriff: 9.3.2021).



Ein Haus für nationale Jugendarbeit in Zittau?

Der erste Fall des Mobilien Beratungsteams in der Oberlausitz im Rückblick

Die Geschichte begann weit vor der Gründung des Kulturbüros Sachsen e. V., knapp 10 Jahre früher – vielleicht ist sie sogar bundesweit einzigartig – und hat noch nichts an Aktualität verloren. Lassen Sie sich in die ostsächsische Stadt Zittau mitnehmen, im Dreiländereck gelegen, die im Verlauf unserer Geschichte knapp 30% ihrer Einwohner*innen – heute sind es nur noch ca. 25.000 – verlor. Nicht verloren gegangen ist der Stadt der neonazistische „Nationaler Jugendblock Zittau e.V.“, der 2017 sein 25-jähriges Bestehen feierte.¹⁷ Aber da sind wir schon mitten in der Geschichte ...

Von Anfang des Jahres 1992 bis Mitte 2001 überlässt die Stadt Zittau dem „Nationalen Jugendblock Zittau“ (NJB) ein Haus in der Südstraße 8 für eine Monatsmiete von 80 DM. Im Mai 2001 stellt die Stadt fest, dass aufgrund der Baufälligkeit keine weitere Nutzung mehr möglich und die Sanierung zu teuer sei. Die Stadt kündigt dem NJB

zum 30. Juni 2001. Der Neonaziverein reagiert mit Gewaltdrohungen. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, eine Vorlage zur Übertragung des Hauses an den NJB mittels Erbbaupachtvertrag zu erarbeiten. Darüber wird heftig unter Sozialarbeiter*innen (ein Sozialarbeiter der AWO war für die Jugendarbeit in der Südstraße 8 zuständig), Stadtratsfraktionen und Teilen des Gemeinwesens gestritten. Der Stadtfrieden ist gestört. Viele – auch überregionale Medien – berichten über Zittau. Genau in dieser aufgeregten Zeit beginnt im September 2001 die Mobile Beratung des Kulturbüros Sachsen e. V. mit ihrer Arbeit. Zunächst benötigten wir möglichst schnell eine eigene Analyse und Bewertung: Welche Aktivitäten entfaltet der NJB? Wie vernetzt ist er in der Region? Wie wird der NJB von Verwaltung, Kommunalpolitik, Vereinen, Kirchen und Behörden bewertet? Haben alle Akteur*innen einen vergleichbaren Kenntnisstand? Welche Handlungsoptionen gibt es für Sozialarbeiter*innen, Stadträt*innen sowie Stadt- und Landkreisverwaltung? Und: wir mussten uns bekannt machen und Vertrauen gewinnen.

Unsere Recherchen in der Presse, die Durchsicht der Landtagsanfragen und zahlreiche Gespräche vor Ort machten deutlich, dass es sich beim NJB um eine gut in der Region vernetzte, aktive neonazistische Struktur handelt, die u. a. Konzerte mit bis zu 400 Neonazis veranstaltete¹⁸ und den jährlichen Holger-Müller-Gedenkmarsch¹⁹ mitorganisierte. Bereits am 08. November 2001 – knapp acht Wochen nach Beginn unserer Tätigkeit im Kulturbüro Sachsen e. V. – hatten wir einen Beratungstermin beim Zittauer Oberbürgermeister Herrn Voigt und Jugendamtsleiter Herrn Kaus, um uns vorzustellen, die Perspektive der Verwaltung auf die Problematik zu hören, unsere Sicht deutlich zu machen und über Handlungsmöglichkeiten zu sprechen. In der Folge versuchten wir im Austausch mit staatlichen Akteuren und politisch Verantwortlichen, eine vertragliche Verbindlichkeit zwischen der Stadt Zittau und dem NJB über die Nutzung einer Immobilie zu verhindern. Auch unter Sozialarbeiter*innen gingen die Positionen zur Frage der sozialen Arbeit mit fest in rechten Strukturen verankerten jungen Menschen weit auseinander. Die Themen „Möglichkeiten und Grenzen von Jugendsozialarbeit im Umgang mit rechten Jugendlichen“ und „Bedeutung von Immobilienbesitz“ waren mehrfach Gegenstand kontroverser Diskussionen. Die „Arbeitsgruppe Regional Jugendsozialarbeit Zittau“²⁰

lud uns für den 14. Februar 2002 zu einem Expert*innen-gespräch ein, um sich „fachlich weiter am Thema zu qualifizieren“. Das Gremium beauftragte uns, ein Positionspapier zu schreiben, welches an den Stadtrat weitergeleitet wurde. Wenige Wochen später erklärte Oberbürgermeister Voigt, dass es mit ihm keinen Erbbaupachtvertrag gebe.²¹ Damit war aus unserer Sicht ein Neuanfang markiert und die Notwendigkeit gegeben, genau diesen als Mobiles Beratungsteam verstärkt zu unterstützen.

Dennoch stimmte der Zittauer Stadtrat im Juni 2002 dem Antrag der CDU-Fraktion zu, mit dem NJB einen Pachtvertrag über die Immobilie Südstraße 8 mit 12-jähriger Laufzeit abzuschließen – ein Tiefpunkt unserer Geschichte. Aber das sollte noch nicht das Ende sein: Nach einem umfangreichen Polizeieinsatz am 27. Juli 2002 mit



Petra Schickert

dem Fund von Baseballschlägern, Schlagstöcken, Äxten, einem Totschläger sowie einem Schlagring mit aufgesetzten Spitzen, Munition und Gasmasken und einer Vielzahl zum Teil verbotener CDs, hob der Stadtrat von Zittau bereits zwei Monate später seinen Beschluss auf. Am 26. März 2004 verkündet Zittaus Oberbürgermeister Voigt, „das ehemalige Vereinshaus des rechtsextremen Nationalen Jugendblocks Zittau (NJB) existiert nicht mehr“.

In diesen beschriebenen ersten Wochen unserer Arbeit vor Ort waren wir mit der Breite der uns in den folgenden 20 Jahren begleitenden Zielgruppen – von Stadt-



Markus Kemper im Jahr 2006

und Kreisverwaltung, Polizei über Jugendsozialarbeit, Kirche bis hin zu Initiativen wie „Augen auf“ –, ihren unterschiedlichen Perspektiven und Herangehensweisen, den verschiedenen Themen und dem nicht selten in unserem Arbeitsfeld vorhandenen medialen/öffentlichen Druck konfrontiert.

An den Themen und Beratungsanfragen, die an die Mobilen Beratungsteams herangetragen werden, sowie an den Zielgruppen der Beratung hat sich bis heute nichts geändert. Nach wie vor haben wir es in der Oberlausitz mit neonazistischen Aktivitäten zu tun. Neben dem NJB können die „Schlesischen Jungs“ auf eine ähnlich lange Geschichte verweisen. Darüber hinaus entstanden neonazistische Gruppen in wechselnden Konstellationen und mehrfach wurde die Oberlausitz zum Austragungsort überregionaler Neonaziveranstaltungen, wie die Diskothek „Wodan“ in Mücka, die Gaststätte „Zur Deutschen

17 | Drs. 6/11264 Veranstaltungen im Vereinsobjekt des Nationalen Jugendblock Zittau e.V. (Valentin Lippmann), Im Internet: <https://kleineanfragen.de/sachsen/6/11264-veranstaltungen-im-vereinsobjekt-des-nationalen-jugendblock-zittau-e-v>.

18 | Am 28. Juli 2001 kamen ca. 400 Neonazis zu einer „Abschlussparty“ ins Objekt des NJB; siehe Drs. 3/5624 vom 5. Juni 2002 (Uwe Adamczyk).

19 | Am 5. Juli 1992 verstarb Holger Müller, nachdem er aus Notwehr (wie das Gericht bestätigte) von einem Geflüchteten schwer verletzt worden war. Freunde Müllers wurden wegen unterlassener Hilfeleistung verurteilt. In den Folgejahren veranstalteten NPD und NJB jährlich einen sog. Holger-Müller-Gedenkmarsch.

20 | Diese bestand zu dem Zeitpunkt u.a. aus Vertreter*innen von Café 22, MUK, Oberlausitzer Familienhilfswerk, Frauen helfen Frauen und der AWO.

21 | Sächsische Zeitung vom 3. März 2002.

Eiche“ in Geheege oder das Hotel „Neißeblick“ in Ostritz. Anders als vor 20 Jahren besteht heute zivilgesellschaftliches Engagement nicht nur im Wirken der Initiative „Augen auf e. V.“, sondern aus einem Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure, der „Demokratie AG Ostsachsen“, mit dem wir eng kooperieren. Auch die Sichtweise politisch Verantwortlicher auf die Thematik hat sich verändert: Wie wäre es sonst anders zu erklären, dass sich mit Beginn der neonazistischen Aktivitäten auf dem Gelände des Hotels „Neißeblick“ im April 2018 über 40 Bürgermeister*innen der Region mit der Ostritzer Bürgermeisterin solidarisierten und öffentlich erklärten: „Wir wollen und wir brauchen in der Oberlausitz kein rechtsextremes Festival! Nicht in Ostritz, nicht anderswo!“⁶

Die vielen in den Jahren entstandenen belastbaren Kontakte und das Vertrauen der Beratungsnehmer*innen haben nach Eröffnung unseres neuen Bürostandortes im Sommer 2020 in Görlitz die Erschließung des Beratungsgebietes durch das neue Team bedeutend erleichtert.

Markus Kemper, Mobiles Beratungsteam Mitte-Ost und Petra Schickert, Fachreferentin

22 | Sächsische.de vom 06. April 2018: Bürgermeister gegen Neonazi-Festival. Im Internet: <https://www.saechsische.de/buergermeister-gegen-neonazi-festival-3912135.html>.

23 | „Hier geht was“ war eine 2006 in Rothenburg bei Niesky stattfindende gemeinsame Veranstaltung des Kulturbüro Sachsen e. V. und dem Deutschen Roten Kreuz. Thema war die soziokulturelle Animation und die Schaffung jugendspezifischer Angebote im ländlichen Raum.

24 | Mit dem Begriff „migrantisiert“ beschreiben wir Menschen, denen eine (familiäre) Migrationserfahrung zugeschrieben wird - unabhängig davon, ob sie nach den Kriterien des Statistischen Bundesamtes einen „Migrationshintergrund“ haben.

Gespräch zwischen Generationen

*Während das Kulturbüro 20 Jahre alt wird, feiert die Fachstelle Jugendhilfe ihren 16. Geburtstag, befindet sich also im besten Jugendalter. Die Mitarbeiter*innen lassen in diesem teaminternen Selbst-Interview ihre individuellen und gemeinsamen Erfahrungen Revue passieren.*

Wann hast du angefangen, in der Fachstelle Jugendhilfe zu arbeiten, und was war damals dein inhaltlicher Schwerpunkt?

Danilo Starosta:

Im Herbst 2005 fing ich als Jugendhilfecoach an. Es war ein Jahr mit so vielen Ereignissen. Merkel wurde Kanzlerin, Ratzinger Papst. Menschen aus Afrika stürmten die sechs Meter hohen Zäune in den spanischen Enklaven Ceuta und Mellila. In Sachsen machte die Kameradschaftsszene mit der NPD gemeinsame Sache. Die NPD saß im Landtag.



Zuckerfest in Chemnitz 2019

Es gab landauf, landab verunsicherte Kolleg*innen in den Jugendclubs/treffs/-zentren. Ich versuchte einerseits, mir einen Überblick über die Neonazis zu verschaffen: Mit wem habe ich es zu tun? Wie gelingt es der Szene, attraktiv für Jugendliche zu sein? Andererseits wollte ich in den ländlichen Regionen mit Nazihegemonie arbeiten. In Ostsachsen, in Rothenburg bei Niesky fand 2006 „Hier geht was“²³ statt. 2006 konnte ich die wesentlichen Nazi-Netzwerke und Kameradschaften zuordnen. Naja, das wesentliche Nazi-Netzwerk, den NSU nicht.

Lisa Bendiek:

Ich habe im Februar 2019 angefangen und mindestens ein Jahr gebraucht, um zu verstehen, welche innere Logik die verschiedenen Schwerpunkte der Fachstelle Jugendhilfe verbindet: Feldforschung zu den Bedarfen migrantisierter²⁴ junger Menschen gegenüber der Jugendhilfe, Weiterbildungen und Beratungen für Pädagog*innen zum Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus, partizipative Projekte zur Aufarbeitung des NSU-Komplexes und nebenbei das Monitoring rechter Jugendszenen.

Zusammengefügt haben sich diese Puzzleteile für mich erst im Frühlings-Lockdown 2020. Da habe ich mich intensiv mit den Recherchen der Chemnitzer Geschichtenwerkstatt „Jugendarbeit in der Transformationsgesellschaft“ befasst, die Danilo jahrelang in der lokalen Aufarbeitung des NSU-Komplexes begleitet hat. Aus dieser Analyse hervorgegangen sind u. a. unser Online-Workshop „Keine Schlussstriche – Jugendarbeit nach dem NSU“ und unser Beitrag zum Forschungsprojekt „Regional und Mobil für Demokratie“ (ReMoDe) des Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.

Sok Kierng Elisa Ly:

Ich habe im Juni 2020 angefangen, mit 20 Stunden pro Woche. Mein Schwerpunkt lag auf dem Forschungsprojekt zu Bedarfen junger Menschen mit Migrationsvordergrund in der sächsischen Jugendhilfe. Das Ziel des Projekts ist, einen Überblick über die verschiedenen Angebote zu erhalten und zu prüfen, ob junge Menschen mit Migrationsvordergrund als Zielgruppe mitgedacht werden und welche spezifischen Bedarfe sie an die sächsische Jugendhilfelandtschaft haben.

Was war dein erster Eindruck von der Arbeit der Fachstelle Jugendhilfe bzw. dem Kulturbüro Sachsen?

Danilo Starosta:

Im Spätsommer 2005 hatte ich den ersten Kontakt als „Kollege Danilo“. Meine zukünftigen Kolleg*innen saßen im Weinkeller der sächsischen Prinzessin Alexandra Gerlach Prinzessin zur Lippe. Meinen Wortbeitrag beendete ich mit Hölderlins „Geh unter, schöne Sonne“. Die weinseiligen Kolleg*innen lächelten milde und ich fand sie süß.

Sok Kierng Elisa Ly:

Mein erster Eindruck von der Arbeit in der Fachstelle Jugendhilfe war, dass es eine vielseitige und intersektionale Arbeit ist. Die Fachstelle setzt sich aus einem kompetenten Team zusammen, das an der Schnittstelle von zivilgesellschaftlicher Politikgestaltung, sozialer Arbeit und Organisationsentwicklung tätig ist. Ich habe mich von Anfang an sehr willkommen gefühlt und bin dankbar für die Erfahrungen, die ich gesammelt habe.

Was war aus deiner Sicht das größte Highlight während deiner Arbeit in der Fachstelle Jugendhilfe?

Danilo Starosta:

Überlebt! 2009 überlebte ich einen Angriff von sechs Nazis! Anhörung als Experte zu Blood and Honour Sachsen! Werkstatt Junge Demokratie wird von Aktion Mensch gefördert! Theaterpremiere „Wie Hexen eben sind“! Zuckerfest! Tribunal „NSU Komplex auflösen“ in Chemnitz/Zwickau!

Lisa Bendiek:

Ein Highlight war die Mitorganisation des säkularisierten Zuckerfestes in Chemnitz 2019, in enger Zusammenarbeit mit den Aktiven des Arabischen Vereins für Integration und Kultur. Die rechtsextreme Bürgerinitiative Pro Chemnitz wollte aus Protest gegen die vermeintliche Islamisierung direkt neben dem Zuckerfest öffentlich Ferkel grillen. Durfte sie aber nicht, denn direkt neben dem Zuckerfest stand – unabhängig davon monatelang geplant – eine Demo von Animal Rights Watch unter dem Motto „Für die Schließung aller Schlachthäuser“. Unser solidarisches Bündnis aus progressiven Minderheiten – hier: Tierrechtsaktivist*innen, Mitgliedern des Arabischen Vereins und uns selbst – hat also den Nazis effektiv die Show vermasselt.

wir die treibende Kraft hinter der Förderung der Verhältniswahl und der fairen Vertretung in Legislativbezirken mit mehreren Gewinnern, die unsere Wahlen für bessere Wahlmöglichkeiten, eine gerechtere Vertretung und mehr Bürgerkampagnen öffnen werden.

KBS: Was ist in Ihren Augen das größte Problem im amerikanischen Wahlsystem und was sind Ihre Lösungsansätze?

J. S-B.: Parteiisches Gerrymandering (Fachbegriff für das strategische Zuschneiden der Wahldistrikte, Anm. KBS) hat sich in Zeiten hoch entwickelter Technologie und polarisierter Abstimmungsmuster nur noch verschlimmert. Die Umwandlung der Wahldistrikte ist zu einem leidigen Unterfangen geworden, das voller Korruption, Kontroversen und jahrelanger teurer Rechtsstreitigkeiten steckt. Unsere Probleme gehen jedoch über das Gerrymandering hinaus: Distrikte, die an nur eine Partei gehen, erfüllen ihre Funktion für die amerikanische Demokratie nicht mehr. Sie schließen die meisten Wähler*innen in Kongressbezirke ein, die zunehmend auf eine Partei ausgerichtet sind. Zu viele Wähler*innen sind unterrepräsentiert und machtlos, die Ergebnisse zu beeinflussen. Millionen von Amerikaner*innen – ob städtische Republikaner*innen, Demokrat*innen in republikanisch geprägten Staaten, Parteilose, Frauen oder Communities of Color – sind dramatisch unterrepräsentiert, und es besteht kaum eine Chance, dies durch Wahlen zu korrigieren. Hier setzt der Fair Representation Act (Gesetz über faire Vertretung) an. Die Wähler*innen würden Vertreter*innen durch Verhältniswahlrecht in größeren Distrikten mit mehreren Gewinner*innen wählen. Sichere „rote“ und „blaue“ Distrikte würden der Vergangenheit angehören, da jeder Distrikt sowohl Republikaner*innen als auch Demokrat*innen im Verhältnis zu ihrer Unterstützung wählen würde. Mit Verhältniswahlen würde es kein Gerrymandering geben, jede Wahl wäre umkämpft und unsere Stimmen wären weitaus gewichtiger als heute. Senator*innen würden auch durch eine Ranglistenwahl gewählt. Mit proportionalen Ergebnissen und einer größeren Vielfalt von Kandidat*innen, die sich für die allgemeinen Wahlen qualifizieren, wird der Representation Act gerechtere Chancen für Frauen, P. o. C., städtische Republikaner*innen, ländliche Demokrat*innen und Par-



Über den großen Teich geschaut

In unserer Kolumne „Über den großen Teich geschaut“ porträtieren und interviewen wir Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus den USA. Damit wollen wir uns und unsere Leser*innen zu gesellschaftspolitischen Themen weiterbilden, unseren Horizont erweitern und neue Impulse für unsere Arbeit gewinnen. Die Kolumne wird unterstützt durch das Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Leipzig. Für diese Ausgabe konnten wir Jeremy Seitz-Brown gewinnen, der sich bei FairVote engagiert.

KBS: Was ist die Mission von FairVote?

J.S-B.: FairVote ist ein unparteiischer Verfechter von Wahlreformen, die den Wählern eine größere Auswahl, eine stärkere Stimme und eine repräsentative Demokratie bieten, die sich an alle Amerikaner*innen richtet. FairVote hat sich seit 1992 als unparteiischer Vorreiter bewährt, der durch strategische Forschung, Kommunikation und Zusammenarbeit Wahlreformen auf lokaler, staatlicher und nationaler Ebene erfolgreich vorantreibt. Heute sind

teilose schaffen. Wir müssen die Wahlprozedur öffnen, um unsere volle Vielfalt widerzuspiegeln. Der Representation Act ist die stärkste Verpflichtung und umfassendste Lösung zur Gleichstellung der Wähler*innen, Wahlgleichheit und einer größeren Pluralität. So sorgen wir dafür, dass unsere Demokratie wieder funktioniert – für alle.

KBS: Bitte beschreiben Sie unseren Leser*innen Ihre Methoden und Ansätze, mit denen Sie arbeiten.

J. S-B.: FairVotes Betätigungsfeld ist die Unterstützung von Organisationen, die auf lokaler oder bundesstaatlicher Ebene für die Einführung von Verhältniswahlen arbeiten. Wir priorisieren Strategien, die Veränderungen innerhalb des bestehenden Systems fördern, wie zum Beispiel Politikentwicklung und angewandte Forschung. Wir engagieren politische und mediale Influencer*innen und Vordenker*innen und nutzen die Netzwerke und Erfahrungen, die wir aus unserer Schlüsselrolle als Führungskraft und Ressource für erfolgreiche Rangfolgenwahl oder ähnliche Wahlreformkampagnen haben.

KBS: Was sind die größten Erfolge Ihrer Arbeit und was sind die größten Probleme, mit denen Sie konfrontiert sind?

J. S-B.: In Partnerschaft mit staatlichen und lokalen Mandatsträger*innen trug FairVote maßgeblich dazu bei, in vier Staaten bei den Vorwahlen des demokratischen Präsidentschaftskandidaten 2020, in zwei Staaten für allgemeine Wahlen und in über zwanzig Städten eine Verhältniswahl einzuführen. Die größte Herausforderung besteht darin, die Verwendung von Ranglisten-Abstimmungen so zu normalisieren, dass der Kongress die Verabschiedung des Representation Acts in Betracht ziehen wird.

Das Interview führte und übersetzte:

Susann Walter-Immonen

Öffentlichkeitsarbeit/Fundraising

FairVote
WWW.FAIRVOTE.ORG

Diese Kolumne wird gefördert durch:



„Es gab Zeiten, da haben die Themen Flucht und Asyl nur wenige interessiert ...“

Unsere geschätzte Kollegin Petra Schickert arbeitet schon sehr lange beim Kulturbüro Sachsen e. V. Sie konnte somit einige Arbeitsbereiche von ihrer Entstehung bis zur Umsetzung der Projekte beobachten. Durch die Ereignisse des Sommers der Migration im Jahr 2015 hat besonders das Themenfeld Migration, Flucht und Asyl einen großen Konjunkturzuwachs erfahren. Petra Schickert hat damals als Mobile Beraterin in Ostsachsen und in landesweiten Bündnissen gearbeitet. Neben ihrer beruflichen Tätigkeit ist sie auch ehrenamtlich seit den 90iger Jahren im Themenfeld Flucht und Asyl aktiv. Grund genug für uns, sie mal nach ihren Erfahrungen zu fragen!

KBS: Wenn du auf die letzten 30 Jahre zurückblickst, welche Entwicklungen hast du wahrgenommen und welche Eindrücke hast du von der sächsischen Zivilgesellschaft gewonnen? Wie haben sich die Ereignisse 2015 im Rahmen deiner Arbeit bemerkbar gemacht?

P. S.: Es gab Zeiten, da haben die Themen Flucht und Asyl nur wenige interessiert. Geflüchtete Menschen lebten in Gemeinschaftsunterkünften am Rande der Orte, in Industriebrachen, weit weg von der öffentlichen Wahrnehmung. Nun haben mehr Menschen begonnen, sich für die Lebenssituation Geflüchteter zu interessieren. Geflüchtete Menschen empowern sich in Migrant*innenselbstorganisationen und fordern zurecht eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie sind Teil unserer Gesellschaft. In den Initiativen, die geflüchtete Menschen beraten und begleiten, hat eine Professionalisierung stattgefunden. Das wurde einerseits durch die Förderrichtlinie Integrative Maßnahmen des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt möglich. Andererseits ist die Professionalisierung dem enormen Durchhaltevermögen der Akteur*innen zu verdanken, die zum Teil unter schwierigen politischen Rahmenbedingungen auch nach vielen Jahren noch aktiv sind. Zum Beispiel Bon Courage e. V., der Säch-

sische Flüchtlingsrat e. V. oder Initiativen im Landkreis Bautzen leisten qualitativ sehr gute und wichtige Arbeit.

2015 gab es mehrere Herausforderungen: Einerseits eine Vielzahl asylfeindlicher, rassistischer Proteste, Hass auf der Straße und im Netz, „Nein zum Heim“-Initiativen in vielen sächsischen Orten, im Herbst begannen die völkisch-rassistischen Pegida-Veranstaltungen, Brandanschläge auf Unterkünfte, rassistische Gewalt gegen geflüchtete Menschen. Andererseits demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement, viele Unterstützer*innen wurden aktiv, Willkommensinitiativen entstanden. Die Situation war für Verwaltung und politische Verantwortliche schwierig. Unsere zivilgesellschaftliche Expertise war auf einmal gefragt. Ich konnte am Konzept zur Unterbringung asylsuchender Menschen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und später auch am Kommunikationskonzept mitarbeiten. In der Zeit war vieles möglich.

KBS: Seitdem haben du und das Kulturbüro Sachsen e. V. zahlreiche Prozesse angestoßen: Z. B. wurde der Dachverband sächsischer Migrant*innenorganisationen gegründet. Kannst du den Prozess und die Bedeutung dieser Organisation erläutern?

P. S.: Sachsen war damals das einzige Bundesland, das keinen Landesverband hatte, der für sich in Anspruch nehmen konnte, die Perspektive verschiedener Migrant*innengruppen zu kennen, zu vertreten und mit einer starken gemeinsamen Stimme und politischen Forderungen aufzutreten. Für uns als Kulturbüro war klar, genau das braucht es aber in Sachsen. Die Begleitung der Gründung des Dachverbandes war ein spannender und intensiver, zweijähriger Prozess. Im April 2017 wurde dann im Goethe-Institut der Dachverband Sächsischer Migrant*innenorganisationen gegründet.

KBS: Die Entwicklungen der letzten Jahre haben bei uns im Träger zur Gründung des Arbeitsbereichs Fachstelle Bildungsangebote mit dem Schwerpunkt Flucht, Asyl und Migration geführt. Welche Bedeutung misst du diesem für die Zukunft bei?

P. S.: Wir wirken als Träger in einer Migrationsgesellschaft. Dazu haben wir uns in unserem Leitbild bekannt.

Mit Kontinuität menschenrechtsorientierte Jugendgruppen stärken

Im Jahr 2008 hat sich die Soziale und Politische Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna (SupBLO) gegründet. Sie ist mit dem Ziel angetreten, menschenverachtende und rassistische Entwicklungen im Ort nicht unkommentiert zu lassen und neonazistischen Umtrieben demokratische Werte entgegenzusetzen. 2021 ist der Verein immer noch aktiv und steht kurz davor, einen weiteren selbstverwalteten Jugend(Frei)Raum zu eröffnen. Das Beispiel der SupBLO zeigt, wie sich – auch dank langjähriger Beratung und Begleitung durch das Kulturbüro Sachsen – nachhaltige Jugendstrukturen etablieren konnten, die eine Alternative zum rechtsaffinen Mainstream bieten.

Die Gruppe um die SupBLO hat sich 2008 als Antwort auf wiederkehrende Angriffe und Bedrohungen durch Neonazis zusammengefunden. In dieser Zeit war es für junge Menschen, die sich äußerlich, beispielsweise durch Frisur oder Kleidung, einer alternativen Jugendkultur zugehörig zeigten, äußerst gefährlich, sich frei in der Stadt zu bewegen. Sie wurden regelmäßig Opfer von Angriffen durch organisierte rechte Gruppen. Die Jugendlichen versuchten sich in der Stadtgesellschaft Gehör zu verschaffen. Doch von Seiten des damaligen Bürgermeisters Dr. Rickauer kam keine Unterstützung. Das Problem wurde kleingeredet, verdrängt oder wahlweise die Schuld bei den angegriffenen Jugendlichen selbst gesucht. 2009 schlossen sich Eltern der betroffenen Jugendlichen zusammen, nachdem sie zahlreiche erfolglose Versuche unternommen hatten, beim Bürgermeister oder Stadtrat Unterstützung zu bekommen. Sie wollten einen Termin beim Bürgermeister, um ihr Anliegen vorzutragen. Über Monate wurden sie vertröstet und an andere Stelle verwiesen. Stattfinden wird der Termin nicht. Das Mobile Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen e. V. begleitete den Prozess in dieser Zeit intensiv.

Im Jahr 2010 gab es einen Brandanschlag auf das Vereinsheim. Das Erdgeschoss brannte komplett aus. Der Brandanschlag stellte einen Höhepunkt dar. Danach wurde es ein wenig ruhiger.

Von 2012 bis 2014 wurden die Jugendlichen rund um

Mit der Gründung der Fachstelle Asyl und Migration im Arbeitsbereich Bildung haben wir unser Wirken in einer Migrationsgesellschaft mit konkreten Ressourcen unterlegt. Für die Zukunft sehe ich diesen Arbeitsbereich zunehmend als Querschnittsbereich im Träger. Die Mobile Beratung oder auch die Fachstelle Jugendhilfe sind schon jetzt ohne migrantische Perspektive nicht mehr denkbar. In der Verzahnung sehe ich noch Potentiale.

KBS: Knapp sechs Jahre nach dem Sommer der Migration hat sich die Situation gewandelt: Immer weniger Menschen gelingt die Flucht nach Deutschland, die Gesetzeslage ist noch restriktiver und das Ringen um Fördermittel erschwert die Arbeit von Initiativen. Mit Blick auf diese Verhältnisse, welche Wünsche hast du und was gibst dir trotz der vielerorts prekären Lage Hoffnung?

P. S.: Es war und ist schwer in Zeiten der Pandemie auch andere Themen in der Öffentlichkeit zu halten: Die Situation geflüchteter Menschen auf Lesbos oder in Bosnien, der Rassismus in unserer Gesellschaft sind nur einige. Dass es dennoch viele Menschen gibt, die sich in der Black Lives Matter-Bewegung, bei Seebrücke-Aktivitäten oder in lokalen Initiativen engagieren, macht Mut. Außerdem bin ich hoffnungsvoll, dass sich das Engagement gegen Rassismus, für die Einhaltung der Menschenrechte, für soziale- und Bildungsgerechtigkeit nicht länger gegeneinander ausspielen lässt. Erste Pflänzchen der Solidarität sind mit #Unteilbar geschaffen.

Das Interview führte

Elisabeth Teubner, Fachstelle Bildungsangebote



Heidenau 2015: Bundeskanzlerin Angela Merkel (r.) mit haupt- und ehrenamtlichen Helfern in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (l. Stanislaw Tillich, Ministerpräsident Sachsens). Auch unsere Kollegin Petra Schickert nahm teil. Foto: Sandra Steins

die SupBLO von der „Werkstatt Junge Demokratie“, einem Projekt des Kulturbüro Sachsen e. V. begleitet und beraten. In der gemeinsamen Arbeit fand eine intensive Auseinandersetzung mit dem Wohnort statt. So wurde eine Ausstellung mit Fotos von Orten in Limbach-Oberfrohna entwickelt, welche sowohl Gründe dokumentieren, die die Stadt lebenswert machen, als auch Orte, die von den Jugendlichen eher gemieden werden. Diese Ausstellung bot den Auftakt für eine erste Diskussion mit Bürger*innen der Stadt. Dabei wurde sichtbar, dass viele Menschen die Ansichten der Gruppen teilten, sie also nicht nur eine rei-

ne Jugendperspektive waren. Ein erstes offenes Ohr für die Belange der Jugendlichen war geschaffen. Gemeinsam wurde ein neuer Infoladen, das La Bombonera, kurz Bombo, eröffnet.

Zwischen 2014 und 2018 wurde es um unsere Arbeit in Limbach-Oberfrohna etwas ruhiger. Doch die SupBLO und die Jugendlichen um den Verein herum blieben aktiv. Mit ihren Angeboten im Bombo hatte der Verein so viele junge Menschen erreicht, dass der Raum bald zu klein wurde. Anfang 2018 erreichte uns daher die Anfrage, ob wir mit einer neuen Generation junger Menschen in der

Schwerpunkt

Zwei Projekte - ein Jubiläum

■ Das Mobile Beratungsteam (MBT) und die Opferberatung AMAL - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt engagieren sich seit einem Jahr



ren Opferhilfen versuchen wir die Betroffenen aufzufindig zu machen, nachdem wir aus der Zeitung oder durch Hinweise erfahren haben, dass ein Übergriff rechter Gewalt geschehen ist, recherchieren und reden mit Polizei oder Presse. Wenn wir die Opfer dann gefunden haben, fragen wir sie, ob wir etwas für sie tun können. Sei es, sie bei rechtlichen Fragen zu beraten oder zu schauen, ob sie zum Arzt müssen oder ob man sie mal irgendwo hinfahren muss, da viele nicht gerade mobil sind, kein Auto haben. Wenn die Betroffenen das wollen, leisten wir auch Öffentlichkeitsarbeit, damit auch die Leute in ihrem Ort darauf aufmerksam werden.

Was habt ihr im letzten Jahr gemacht?

Ingo Stange: Auf der einen Seite natürlich das, was wir machen wollten, nämlich Opfer beraten und auf der anderen Seite sehr viel vom Computer gessenen und Sachberichte geschrieben und Verwaltungsamt erledigt.

Friedemann Affolderbach: Wir haben zuerst einmal unseren Regierungsbezirk erkundet und uns Schwerpunkte gesucht, also Orte wo es nötig ist etwas gegen das Thema Rechtsextremismus zu tun, zum Beispiel Bad Lausick, die Region in Borna, Döbeln usw. Wir haben dort mit den Leuten vor Ort geredet und uns ein Bild von der Situation gemacht und dann überlegt, wie man dagegen vorgehen kann und haben dann mit den Leuten Pläne geschmiedet.

Was würdet ihr als Höhepunkt des letzten Jahres bezeichnen?

Solvejg Höppner: Vielleicht das Courage-Projekt. Dabei gibt es in Leipzig eine Straßenbahn, in der man eine Ausstellung zum Thema Courage gegen Rassismus und Rechtsextremismus gestaltet hat.

Friedemann Affolderbach: Wir haben auch mit einem anderen Verein aus Grimma eine Bildungsfahrt mit Jugendlichen aus Jugendclubs gemacht. Das war sehr zeitaufwendig und anstrengend, da es größtenteils Jugendliche waren, die das Thema Drittes Reich nicht wirklich interessiert hat, denen man das Problem aber dennoch näher bringen wollte und musste.

Ingo Stange: Höhepunkte in dem Sinne gab es eigentlich keine. Als Höhepunkt würde ich bezeichnen, wenn man wirklich einen Fall zu Ende gebracht hat, also wenn die Täter verurteilt wurden oder die Opfer eine Entschädigung bekommen haben. Davon gibt es aber auch nicht allzu viele, da es doch immer relativ lange dauert, bis so ein Fall richtig abgeschlossen ist.

Wie hat denn eigentlich alles angefangen?

Solvejg Höppner: Bei mir hat es eigentlich mit einer E-Mail angefangen, in der eine Stelle angeboten war, auf die ich mich dann beworben habe und innerhalb von vier Wochen war ich dann mobiler Berater. (lacht) Als erstes haben wir uns dann ein Büro eingerichtet und diverse Weiterbildungen gemacht, weil man sich im Prinzip schon mit dem Thema beschäftigt, aber noch keiner so richtig mobile Beratung gemacht hatte. Danach ging es dann

richtig los. Man hat sich bei diversen Leuten vorgestellt, wer wir sind und was wir wollen. Kurz gesagt, man hat sich erst einmal bekannt gemacht.

Ingo Stange: Anfangen hat es bei uns eigentlich mit der Opferperspektive Brandenburg, die es schon seit 1998 gibt. Man hat dann versucht so etwas auch in Sachsen zu machen, es gab zwar schon Opferberatungen, aber die haben das eher ehrenamtlich und nicht so professionell gemacht. Dann hat man sich einen Träger gesucht und ist auch im NDK fündig geworden, hat mit denen festgestellt, was man als Träger alles machen muss und dann kam es zu Stellenausschreibungen, Bewerbungsgesprächen und dann ging es los mit Büro einrichten und diversen anderen Sachen.

Warum habt ihr eure Büros gerade in Wurzen?

Friedemann Affolderbach: Also das hing viel am NDK, weil das Kulturbüro die Idee der MBT's, Initiativen und zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, im NDK exemplarisch gesehen hat.

Solvejg Höppner: Es war auch Absicht, nicht direkt in die großen Städte zu gehen, weil sich dort an sich schon eine Menge tut. Außerdem hatten wir auch den Gedanken, in Kleinstädten etwas zu tun und deshalb haben wir unser Büro direkt in die Kleinstadt verlagert, wo es auch schon Anknüpfungspunkte gibt.

Ingo Stange: Wir sind hier in Wurzen, weil das NDK, unser Träger, hier ist und wir somit auch in der Nähe sein wollten. Außerdem hat man auch einen besseren Draht zu den Leuten, wenn man hier wohnt und schon mehr Kontakte hat. Im Müdsental gibt es ja auch genug zu tun.

Wie war die Anfangszeit? Wurde ihr gut angenommen oder war es eher schwierig?

Solvejg Höppner: Also im Großen und Ganzen würde ich mal sagen, gab es abwartende Neugier bei den Leuten, mit denen wir gesprochen haben. Aber wir hatten eigentlich nie großartig Schwierigkeiten mit Leuten in Kontakt zu kommen, außer später mal bei Schulen, bei denen es schwierig war einen Fuß in die Tür zu bekommen. Wir wurden jetzt natürlich nicht mit offenen Armen und »Gott sei Dank, dass es euch gibt!«-Rufen empfangen, aber richtig froh über unser Entstehen war der Leiter der Polizeidirektion in Grimma, weil der sich schon ewig mit dem Thema Rechtsextremismus herumsärgern muss und mittlerweile die Grenzen und Möglichkeiten der polizeilichen Methoden kennt. Das einzig schwierige ist dann, die geknüpften Kontakte so zu intensivieren, dass sie fruchtbar werden und die Leute auch mitarbeiten. Aber da zählt sich Hartnäckigkeit und Geduld aus. Bei zwei Leuten in einem Regierungsbezirk kann man so wieso nur gewisse Sachen bearbeiten und muss sich bestimmte Schwerpunkte setzen.

Friedemann Affolderbach: Man muss den Leuten eben ein wenig auf die Nerven gehen, denn es ist ja nun nicht so, dass sie bei uns Schlange stehen und uns die Türe einrennen.

Ingo Stange: Die Anfangszeit war eigentlich so, dass man sehr viel herumfahren ist und sich bekannt gemacht hat, zum Beispiel bei Ausländerbehörden oder Ausländerbeauftragten, bei Jugendämtern, bei diversen Jugendclubs, die von potentiellen Opfern besucht werden, bei Asylbewerberheimen etc. Dort haben wir mit den Leuten gesprochen und auch ein paar Veranstaltungen gehen und auch ein paar Veranstaltungen gemacht. Schwierig war es eigentlich nur bei Behörden, die uns zwar empfangen haben, aber oft auch gleich signalisiert haben, dass sie unsere Hilfe gar nicht brauchen.

Was steht für das Jahr 2003 an, gibt es da etwas Besonderes?

Friedemann Affolderbach: Also wir haben uns vorgenommen, die angefangenen Dinge noch zu vertiefen und die Gesprächsbereitschaft, die bei den Leuten entstanden ist, noch zu fördern. Außerdem wollen wir versuchen, dass die Leute intensiver wahrnehmen, was in ihrer Stadt oder ihrem Dorf vorgeht und auch begreifen, dass an manchen Stellen ein Handlungsbedarf besteht. Ein weiterer Schwerpunkt für das nächste Jahr wird sein, dass wir mit zwei weiteren Vereinen Fortbildungen für Straßenbahnfahrerinnen in Leipzig zum Thema Rassismus machen werden.

Ingo Stange: Eigentlich nur, dass man Fälle, bei denen schon ewig nichts mehr passiert ist, zu Ende bringt und regelmäßiger mit den Opfern, mit denen man deshalb länger keinen Kontakt mehr hatte, spricht. ■

Vielen Dank für das Gespräch!

Kontakt

Mobiles Beratungsteam
Bahnhofstraße 19
04808 Wurzen
Tel.: 0 34 25 - 85 19 834
Fax: 0 34 25 - 85 19 835
mobil: 01 74 - 99 16 915
email: mbt.wurzen@tolerantes-sachsen.de

AMAL - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt
Bahnhofstraße 19
04808 Wurzen
Tel.: 0 34 25 - 85 15 41
Fax: 0 34 25 - 85 15 42
mobil: 01 72 - 97 43 674
email: amal.wurzen@ndk-wurzen.de

4 Wurzenener Extrablatt 2024 11

Rückschau Januar/Februar 2003: Wir danken dem Netzwerk für demokratische Kultur e. V. in Wurzen für das Bereitstellen des Artikels



Eindrücke von der Demokratietagung 2019

Extrem demokratisch

Gemeinsam mit dem Bildungswerk Weiterdenken (Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen) führten wir in den letzten elf Jahren zahlreiche landesweite Demokratietagungen durch.

Stadt arbeiten und sie dabei unterstützen wollen, einen selbstverwalteten Jugend(Frei)Raum aufzubauen und zu eröffnen. Wir mussten nicht lang überlegen. Nach zahllosen Treffen zu Ideenfindung, Konzeptentwicklung, Fördermittelakquise, Bauanträgen und Kommunikation mit den Anwohner*innen stehen die Jugendlichen heute, im Jahr 2021, kurz davor, ihren selbstverwalteten Club zu eröffnen. Erste Projektformate sind bereits in Vorbereitung.

In Limbach-Oberfrohna gibt es weiterhin Angriffe durch aktive Neonazis sowie rassistische Übergriffe. Aber es ist gelungen, Jugendliche so zu bestärken und zu unterstützen, dass sie sich selbstbewusst in ihrer Stadt bewegen können. Aus einer kleinen Gruppe, die täglich Angriffe von organisierten rechten Gruppen befürchten musste, ist heute eine stadtprägende, menschenrechtsorientierte Jugendkultur entstanden. Sie bespielen zwei Häuser und prägen damit das Angebot für junge Menschen in der Stadt maßgeblich mit. Sie bieten Alternativen zu rechtsaffinen Jugendcliquen sowie organisierten Neonazis und gleichzeitig Argumente für ein Leben in ländlichen Regionen. Sie bieten die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden, sich auszuprobieren und sich im Ort Gehör für die eigenen Belange zu verschaffen. Kurz, sie helfen dabei, dass Demokratie nicht abstrakt bleibt, sondern die Lebensweise der jungen Menschen vor Ort prägt.

Daniel Krellmann, Empowerment und Gemeinwesenarbeit und Steven Seiffert, Mobiles Beratungsteam Mitte-Süd

Manchmal hätten wir in unserer 20-jährigen Geschichte getrost darauf verzichten können, der Zeit einen Schritt voraus zu sein. An anderer Stelle lässt sich davon eine Erfolgsgeschichte erzählen. Als wir am 29. Januar 2010 unsere Tagung mit dem hoch komplizierten Namen „Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen“ in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung durchführten, wussten wir noch nicht, dass daraus eine Reihe werden sollte. Die sogenannte Extremismusklausel war zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingeführt. Sämtliche Debatten, die wir in den folgenden Jahren dazu führten, waren bereits im Januar 2010 fachlich untersetzt worden, noch bevor wir dagegen kämpften unter Generalverdacht gestellt zu werden. Der große Andrang – viele der Besucher*innen fanden keinen Sitzplatz – unserer Veranstaltung im Januar 2010 machte uns klar, dass nach einem Tag und einem Tagungsband nicht alles fertig besprochen sein kann.

Die Tagungsreihe, die aus dieser Idee heraus entstanden ist, hat uns über viele Jahre begleitet und uns jedes Jahr aufs Neue mit zahlreichen aktiven und engagierten



Eindrücke von der Demokratietagung 2019

Eine Geschichte der Fachstelle Bildungsangebote

Oder: vom Informieren und Diskutieren, Lehren und Lernen

Sie halten den Jubiläumsnewsletter des Kulturbüro Sachsen e. V. zum 20-jährigen Bestehen in den Händen. Und wir wissen, dass Sie sich sicher nicht seit Wochen schlaflos im Bett wälzen ob der Frage, wie es dazu kam, dass der Träger eine Fachstelle Bildungsangebote unterhält. Und trotzdem wollen wir das Jubiläum zum Anlass nehmen, den jüngsten Arbeitsbereich im Träger vorzustellen. Nun haben wir uns allerdings lange schlaflos in unseren Betten gewälzt ob der Frage, wie wir diesen Text gemäß unseren Ansprüchen in der Bildungsarbeit gestalten – engagiert, up to date, zielgruppenorientiert, kreativ und möglichst nicht dröge.

„Ja, die Zeit vergeht und man fängt an, alt zu werden“, sagte Pippi. „Im Herbst werde ich zehn Jahre alt und dann hat man wohl seine besten Tage hinter sich.“

Überraschung! Wenngleich das Kulturbüro Sachsen ebenso wie Pippi Langstrumpf den Wunsch hat, sich die Welt so zu machen, wie sie uns gefällt, stimmt dieses Zitat zum Glück nicht mit uns überein. Das Kulturbüro ist erstens schon doppelt so alt und zweitens hat es seine besten Tage hoffentlich noch nicht hinter sich. Obwohl es schon viele Abenteuer erlebt hat – zum Beispiel die Gründung der Fachstelle Bildungsangebote vor nunmehr 5 Jahren.

Vorab: die Geschichte reicht weiter zurück, denn schon immer war Bildungsarbeit Teil des Trägers, der sich auf die Fahnen geschrieben hat: #unsinteressiertveränderung. Fachvorträge, Workshops, Fortbildungsreihen und Argumentationstrainings gehörten schon lange

Menschen aus Sachsen in Kontakt gebracht. Zählen wir alle Tagungen zusammen, dann sprechen wir von einer vierstelligen Zahl an Teilnehmer*innen. Wir waren und sind uns einig darin, dass die kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der demokratischen Gesellschaft eine dauerhafte Aufgabe ist. Auf unseren Demokratie-Tagungen streiten wir konstruktiv über Wege und Formen, um in einer emanzipatorischen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft handlungsfähig zu bleiben. Neben dem Bildungswerk Weiterdenken und dem Kulturbüro Sachsen e.V. haben sich noch andere Partner*innen in die Organisation und Umsetzung dieser Reihe eingebracht. Hervorzuheben ist dabei in den letzten Jahren vor allem das Netzwerk Tolerantes Sachsen.

Aus diesen Demokratie-Tagungen heraus sind zahlreiche Publikationen entstanden, die auch heute noch eine hohe Strahlkraft besitzen. Über 170 Seiten sind 2014 entstanden zu „Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen“. Auf mehr als 230 Seiten haben wir bereits 2013 unter dem Titel „Wer schützt die Verfassung? Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter“ eine unserer Tagungen dokumentiert. Vorher hatten wir bereits zur Chiffre von „Sachsens Demokratie“ und über „Ordnung und Unordnung in der Demokratie“ veröffentlicht. Aktuell liegt uns gemeinsam mit den oben genannten Kooperationspartner*innen die Dokumentation zu „Politisch handeln im autoritären Sog“ vor.

Bekanntlich ist es gut mit einer erfolgreichen Geschichte aufzuhören, bevor sie nicht mehr erfolgreich ist. Dann bleibt sie für immer in guter Erinnerung. Ob dieser Zeitpunkt unserer Demokratietagungen nach 11 Jahren erreicht ist, wird zu diskutieren sein. So wie alles, was es in einer Demokratie zu klären gibt.

Michael Nattke, Fachreferent

zum Repertoire der Kolleg*innen. Dass wir einen eigenen Arbeitsbereich gegründet haben, ist einer Entwicklung des Jahres 2015 geschuldet und könnte auch als folgende Legende in die Annalen eingehen:

Damals war's, als bis zu 20.000 aufgebrachte Ureinwohner*innen die Straßen der Hauptstadt des Freistaates Sachsen vereinnahmten – aus Angst vor „der Islamisierung des Abendlandes“ – und viele der übrigen Bewohner*innen in Angst und Schrecken versetzten. Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet kamen, um sich das Spektakel anzuschauen und fragten sich ratlos: „Was tun?“ Sie ersuchten Rat bei weis(s)en alten Männern und Frauen. Die Situation war klar: Es brauchte ein neues goldenes Zeitalter der Aufklärung. Gespräche mit Jung und Alt über Problemlagen, Fakten und Handlungsoptionen. Ein Mäzen stellte alle Ressourcen zur Verfügung, um intensive Begegnungen zu ermöglichen: die Gewerkschaft für Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE).

Naja, irgendwie ist es mit diesem Legendenstil doch zu kompliziert und wir wechseln das, was wir Schreibstil nennen: „Sag, wie soll ich tragen Ungerechtigkeit, ...“ – anknüpfend an Gerhard Gundermann diskutierten wir also von 2016 bis 2019 mit neuen Kolleg*innen regelmäßig zu dampfenden Kraftwerkstürmen mit rauchenden Köpfen in der Belegschaft verschiedener Bergbau-, Chemie- und Energieunternehmen in Ostdeutschland. Wir informierten, diskutierten, lehrten und lernten. Das war nicht nur extrem erfolgreich und interessant – es mehrte auf wundersame Weise unseren Ruhm. Andere Institutionen fragten, ob sie mit uns informieren und diskutieren, lehren und lernen könnten.

Die Etablierung einer eigenen Fachstelle für Bildungsangebote in Ergänzung zum Angebot der mobilen Beratung stellte sich als richtige Entscheidung heraus. Doch alsbald zogen Wolken auf. Dunkle Wolken mit einer ge-

hörigen Portion Pink. Das Projekt in Kooperation mit der IG BCE war so erfolgreich, dass es nun beim gewerkschaftseigenen Bildungsträger fest institutionalisiert wurde (pink!). So brach eine tragende finanzielle Säule des Fachbereichs weg (Sie werden es sich denken: dunkler Teil der Wolke!). Und erneut stand die Frage im Raum „Was tun?“ – diesmal mit Blick auf den eigenen Laden.

Die Fachstelle schließen? Die Anfragen im schlimmsten Fall unbeantwortet lassen, weil auch andere sächsische Träger nicht ausreichend Ressourcen haben, sie zu bearbeiten? Oder andere wichtige Beratungsarbeit der Kolleg*innen liegen lassen, um stattdessen Bildungsanfragen umzusetzen? In letzter Sekunde entwickelten wir den rettenden Plan: Unsere Professionalität attestieren lassen! Wir wurden zum anerkannten Träger der politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung. So waren wir in der Lage, eine kleine finanzielle Grundlage zu schaffen und sogar unabhängig von Anfragen aus Organisationen eigene Formate zu entwickeln, die wir für interessierte Einzelpersonen aus ganz Sachsen anbieten. Mit anderen Projektfinanzierungen konnten wir Angebote für spezielle Zielgruppen und zu speziellen Themen erarbeiten. Eine fusselige Arbeit: eigene öffentliche Veranstaltungen organisieren, kleine und große Anträge stellen, In-House-Schulungen durchführen. Eine tolle Zeit! Wir entwickelten neue Formate und verfeinerten alte. Argumentations- und Handlungstrainings gegen Menschenfeindlichkeit, Veranstaltungen im Themenbereich Flucht, Asyl, Migration oder zu Entwicklungen und Erscheinungsformen der extremen Rechten in Sachsen, eine Pegida-Safari in Dresden, Betzavta-Trainings zur Reflexion der eigenen demokratischen Haltung im Alltag. Seit 2020 sogar online für alle, die von zu Hause nicht weg – oder sich die weite Anreise zur Seminarstätte nicht leisten können. Die Teilnehmerin aus Marokko neulich wäre wohl zu einer Präsenzveranstaltung eher nicht gekommen, oder?

Und da sind wir nun. Bereit um, naja sie kennen das jetzt schon, zu informieren, zu diskutieren, zu lehren und zu lernen. Vor allem um demokratische Werte, Engagierte und in Krisenzeiten humanistische Resilienz (oder resilienten Humanismus? – wir diskutieren das noch) zu stärken.

Workshops zum Storytelling oder kreativen Schreiben sind noch kein Bestandteil unseres Angebots. Und vielleicht ist das auch besser so?!

Anja Thiele und Susanne Feustel
Fachstelle Bildungsangebote



Symbolbild



Erfolge: Besser spät als nie

Eine Ringvorlesung, die wir gemeinsam mit dem Kulturbüro der TU Dresden und dem Akademischen Auslandsamt organisierten, hat zehn Jahre später gezeigt, wofür sie gut war.

Den einen oder anderen Erfolg der eigenen Arbeit erntet man erst viele Jahre später. Und dann vielleicht auch nur zufällig. So fielen zum Beispiel im Pausengespräch auf einem sachsenweiten Vernetzungstreffen im letzten Jahr in etwa folgende Worte: „Weißt du eigentlich, dass diese Ringvorlesung, die ihr damals als Kulturbüro Sachsen an der Uni gemacht habt, der richtige Auslöser für meine Politisierung war?“ Die besagte Ringvorlesung lag zu diesem Zeitpunkt etwa zehn Jahre zurück. Die Person, die das sagte, war nicht irgendwer. In den letzten Jahren war sie hochschulpolitisch aktiv, hat eines der größten antifaschistischen Bündnisse in Sachsen maßgeblich mitorganisiert, hat Demonstrationen angemeldet, sich öffentlich positioniert, unzählige Plenar- und politische Aktionen

vorbereitet, arbeitete inzwischen für eine zivilgesellschaftliche Organisation und kandidierte für den Landtag. Von einer solchen Person zu erfahren, dass die eigene Arbeit nicht nur ein Tröpfchen, sondern vielleicht sogar eine ganze Badewanne im See der Motivationen waren, ist durchaus einer der guten Momente unserer Arbeit.

Die Sensibilisierung für Bedrohungen der Demokratie und die Aktivierung von politischem Engagement sind wichtige Ziele. Wen wir wann mit welchem Inhalt erreichen ist jedoch schwer planbar. Die oben genannte Ringvorlesung an der TU Dresden fand zwischen 2010 und 2012 insgesamt dreimal in verschiedenen Semestern als Studium Generale statt. Waren es im ersten Durchgang rund 50 Studierende, die regelmäßig daran teilnahmen, gab es ab der zweiten Runde einen größeren Hörsaal und eine Warteliste. Über das Semester verteilt hatten wir rund zehn verschiedene Vorlesungen rund um das Thema Rechtsextremismus, mit all seinen Facetten. Die Referent*innen kamen aus unserem gesamten Netzwerk und dass die Zahl der Studierenden über das Jahr nicht abnahm, interpretierten wir als ein gutes Zeichen. Sensibilisierung und Aktivierung würden über eine einzige Veranstaltung oder einen einzigen Workshop-Tag ungleich schwerer funktionieren. Ein ganzes Semester dafür Zeit zu haben ist durchaus komfortabel. Wen wir mit unserer Arbeit in den letzten Jahren ebenfalls für Themen aktivieren konnten, wissen wir nicht im Detail. Dass es bei den ein oder anderen gelungen ist, davon sind wir aber überzeugt.

Michael Nattke
Fachreferent



Feldforschung mit Hintergrund

Ein Arbeitsschwerpunkt der Fachstelle Jugendhilfe im Jahr 2020 war unsere Feldforschung zu Bedarfen junger Menschen mit Migrationsvordergrund²⁵ gegenüber der Jugendhilfe. Wir wollten herausfinden: Welche Bedürfnisse haben migrantisierte junge Menschen in Sachsen? Werden ihre Bedürfnisse und die daraus entstehenden Bedarfe innerhalb der Jugendhilfe wahrgenommen und bearbeitet?

Zur Beantwortung dieser Fragen bemühten wir uns, die Perspektiven migrantisierter junger Menschen, professioneller Jugendarbeiter*innen sowie ehrenamtlicher Aktiver in der Jugendarbeit einzuholen. Unser Forschungsfeld unterteilten wir in vier große Bereiche:

- Allgemeine Angebote der Jugendhilfe, v. a. der Offenen Jugendarbeit, die u. a. von migrantisierten Jugendlichen genutzt werden
- Angebote der Jugendarbeit, die explizit mit migrationssensiblen Konzepten arbeiten bzw. ihre pädagogische Arbeit auf bestimmte migrantisierte Zielgruppen fokussieren (z. B. migrantisierte Mädchen, muslimische Jugendliche, ...)
- Angebote der Jugendarbeit, die von Akteur*innen der migrantischen Selbstorganisation geschaffen und getragen werden – zumeist auf ehrenamtlicher Basis, obwohl die Aktiven häufig selbst eine professionelle pädagogische Ausbildung haben (z. B. innerhalb von Kulturvereinen und Moscheegemeinden)
- Selbstorganisierte Gruppen und Projekte migrantisierter junger Menschen (z. B. die von uns begleitete „Initiative postmigrantisches Radio“)

Damit unterscheidet sich unsere Forschung von anderen sächsischen Forschungsprojekten der vergangenen Jahre²⁶, die sich auf die Perspektiven von Pädagog*innen in öffentlich geförderten Projekten der Jugendhilfe beschränken.

Wir haben über 25 Einzel- und Gruppengespräche geführt, eine Maßnahme der Hilfen zur Erziehung intensiv begleitet und diverse (post-)migrantische Jugendprojekte unterstützt. Neben Chemnitz, Dresden und Leipzig waren



wir auch in den Landkreisen Bautzen, Meißen, Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Zwickau unterwegs. Dabei gestaltete sich für uns der Zugang zu Expert*innen aus migrantischen Selbstorganisationen wie aus selbstorganisierten (post-)migrantischen Jugendgruppen deutlich schwieriger als der zu Mitarbeiter*innen öffentlich geförderter Jugendhilfe-Projekte. Trotzdem gelang es uns bei immerhin sechs (post-)migrantischen Initiativen, das Vertrauen der Expert*innen zu gewinnen und von ihren Erfahrungen profitieren zu können.

Die Broschüre, die unsere Forschungsergebnisse zusammenfasst, erscheint diesen Frühling.

Lisa Bendiek
Fachstelle Jugendhilfe



²⁵ | Der Begriff „Menschen mit MigrationsVORdergrund“ wird seit mehr als zehn Jahren von migrantischen Selbstorganisationen, migrantisierten Künstler*innen und Aktivist*innen sowie rassismuskritischen Wissenschaftler*innen verwendet. Indem sie sprachlich den „Hintergrund“ in den „Vordergrund“ rücken, kritisieren sie sowohl gesellschaftlichen Rassismus als auch seine Ignoranz durch die weiße Mehrheitsgesellschaft.

²⁶ | AGJF Sachsen (2017): „Momentaufnahmen aus der Jugendarbeit in Sachsen zu den Themen Migration/ Flucht/ Asyl – eine Handreichung mit Anregungen und Beispielen für die pädagogische Praxis“

Publikationen

FRIEDEMANN BRINGT: UMKÄMPFTE ZIVILGESELLSCHAFT

Gewalttätig rassistische Haltungen werden sowohl von extrem rechten als auch reaktionär-bürgerlichen Milieus geteilt und normalisieren sich im öffentlichen Diskurs. Diese Situation spiegelt wider, was die Einstellungsforschung seit Jahren attestiert: Zivilgesellschaften sind nicht unbedingt progressiv, demokratisch und gemeinwohlorientiert. Sie können reaktionär, antidemokratisch und aggressiv eigenwohlorientiert sein. Mit Blick auf diese „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“ untersucht das Buch speziell für solche Problemkonstellationen konzipierte Projekte einer menschenrechtsorientierten Gemeinwesenarbeit (GWA). Es evaluiert dafür Rahmenbedingungen und Prozessqualität zweier GWA-Projekte, die das Kulturbüro Sachsen e. V. in den Jahren 2006 bis 2012 vertiefend zur Mobilen Beratung durchführte.

Stimmen zum Buch: „Bringt legt ein systematisch entwickeltes Konzept einer menschenrechtsorientierten GWA vor, die Menschen und Institutionen ermöglicht, Demokratie vor Ort zu stärken und sich damit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit zu schützen.“

Prof. Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld

„Besonders zu würdigen ist das große Engagement aller Mitarbeiter*innen im Kulturbüro Sachsen e. V., die sich seit zwanzig Jahren in einem der wohl schwierigsten Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit engagieren. So wünsche ich dem Buch viele interessierte Leser*innen, die merken, dass das von ihm behandelte „Problem“ immer aktueller wird.“

Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasconi, Zürich



Tagungen/ Veranstaltungen

PODCASTREIHE SELBSTLAUT STARTET IM MAI

Jung und politisch engagiert in der sächsischen Provinz, das passt! Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass es vor allem selbstverwaltete Räume braucht, in denen junge Menschen sich entfalten und verwirklichen können. Das Mobile Jugendkulturbüro hat zahlreiche selbstverwaltete Jugendgruppen in Sachsen kennengelernt und mit ihnen zusammengearbeitet. Wir wollen nicht über sie, sondern mit ihnen sprechen. Engagierte Jugendliche werden in einer eigens produzierten Podcastreihe zu Wort kommen! Sie erzählen von ihrem Engagement und können damit andere Gruppen unterstützen und motivieren, eigene selbstorganisierte Freiräume zu gründen. Wie kommen wir an Räume? Wie kann demokratisches Engagement in der sächsischen Provinz aussehen und wer hilft uns dabei? Links zu den Streamingplattformen: <https://kulturbuero-sachsen.de/unsere-podcast-selbstlaut/>

HANDREICHUNG „ABSTAND HALTEN GEGEN RECHTS! CORONA & DIE EXTREME RECHTE – ENTGEGNUNGEN EINER KRITISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT“

Die Veröffentlichung informiert in einem ersten Teil über die verschiedenen Spektren der extremen Rechten und stellt beispielhaft Organisationen aus der Region Leipzig vor. Ein zweiter Teil widmet sich dem Agieren der extremen Rechten in der Pandemie. Analysiert wird, welche Themen gesetzt werden und wie versucht wird, den gesellschaftlichen Ausnahmezustand strategisch zu nutzen. Insbesondere das Interesse an einer gesellschaftlichen Spaltung, die Entwicklung eigener Kulturangebote sowie die Partizipation an den Corona-Protesten werden erläutert. Im Abschlussteil finden sich Informationen zu adäquaten Reaktionen und Handlungsmöglichkeiten für Demokrat*innen, die interessiert sind an einem solidarisches Miteinander angesichts der Zumutungen, die die Corona-Pandemie und entsprechende Schutzmaßnahmen mit sich bringen.

Die Publikation kann als gedruckte Version kostenlos gegen Rückporto bestellt werden. Bitte schreiben Sie dazu eine E-Mail mit dem Betreff „Abstand halten gegen rechts“ und der Versandadresse an:

broschueren@kulturbuero-sachsen.de.

Die Broschüre steht auch digital zur Verfügung:

<https://kulturbuero-sachsen.de/workshop-argumentieren-gegen-rechts/>



BEDARFSLAGEN VON JUNGEN MENSCHEN MIT MIGRATIONSVORDERGRUND UND JUGENDHILFE IN SACHSEN PUBLIKATION DER FACHSTELLE JUGENDHILFE

Die Publikation fasst die Ergebnisse einer mehrjährigen Feldforschung zusammen, die auf diskursiven Interviews mit den zahlreichen Pädagog*innen und Jugendlichen basiert. Sie erscheint im Mai. Eine erste öffentliche Diskussion ihrer Inhalte findet bei einem Fachtag Anfang Juli 2021 statt. Die Publikation geht der Fragestellung nach: Wie kann ein pädagogischer Umgang im Spannungsfeld von Reproduktion hegemonialer Dominanzstrukturen und einer Bagatellisierung von Schutzbedürfnissen vor Rassismus, Ausgrenzung und Anpassungsdruck gelingen? Mit eigenen Beiträgen sind Kolleg*innen aus der Praxis vertreten vom CVJM Glauchau, das SISTERS*-Projekt, HEROES® Leipzig, MiO, ZMO-Jugend e. V.

In der Publikation werden Thesen zu Jugend und Migration im Spannungsfeld der Jugendhilfe in Sachsen zur Diskussion gestellt, die sich als Entwicklungsimpuls verstehen, der sich von Konzepten der Ausländerpädagogik und Interkulturellen Pädagogik emanzipieren will. Die Publikation gibt außerdem Handlungsempfehlungen, die von Weiterbildungen bis zu bisher fehlenden Angeboten kommunaler Investitionen reichen.

Die Publikation versteht sich zudem als Beitrag zu einer Fachdebatte zu Migration und Jugend in Sachsen und wendet sich daher auch an Fachpolitik und pädagogische Fachkräfte. Es sind dabei besonders zwei Themen, die im Ergebnis der Forschung eine Vertiefung verdienen. Zum einen ist es die offene Kinder- und Jugendarbeit mit Perspektiven auf Migrationsvordergrund und zweitens die damit verbundene Entwicklung einer diskriminierungs- und rassistisch-kritischen Migrationspädagogik.

ANSPRECHPARTNER*INNEN IM KULTURBÜRO SACHSEN E.V.

GESCHÄFTSSTELLE

Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Geschäftsführung

Grit Hanneforth
0351 – 272 14 90
buero@kulturbuero-sachsen.de

Fachreferent*innen

Susanne Feustel / Michael Nattke / Petra Schickert
0341 – 246 890 86 (S. Feustel)
0351 – 563 555 39 (M. Nattke)
0351 – 850 740 41 (P. Schickert)
susanne.feustel@kulturbuero-sachsen.de
michael.nattke@kulturbuero-sachsen.de
petra.schickert@kulturbuero-sachsen.de

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Social Media, Fundraising

Anja Bierig / Neja Hrovat / Susann Walter-Immonen
0351 – 56 35 56 31
susann.walter@kulturbuero-sachsen.de
anja.bierig@kulturbuero-sachsen.de
neja.hrovat@kulturbuero-sachsen.de

Verwaltung, Büro- und Projektmanagement

Liane Römmermann
0351 – 32 33 659
liane.roemmermann@kulturbuero-sachsen.de

Verwaltung

Melanie Wehner / Isabell Brehm
0351 – 56 33 452 (M. Wehner)
0351 – 850 740 42 (I. Brehm)
melanie.wehner@kulturbuero-sachsen.de
isabell.brehm@kulturbuero-sachsen.de

MOBILE BERATUNG

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Ost

Berater*innen: Maxi Hoke / Daniel Sauer
03581 – 6842711
mbt.ost@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Mitte-Ost
Berater*innen: Markus Kemper / Anne Gehrmann
0351 – 810 696 80
mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Mitte-Süd

Berater*innen: Anne Winkel / Steven Seiffert
0371 – 278 15 65
mbt.mitte-sued@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro West

Berater*innen: Christian Herold / Theresa Richter
0375 – 200 365 75
mbt.west@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Nordwest

Berater*innen: Franz Hammer / Solvejg Höppner
0341 – 25 668 000
mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

FACHSTELLE JUGENDHILFE

Demokratiewerte in der Migrationsgesellschaft

Danilo Starosta / Lisa Bendiek / Tamine Zarif
Telefon: 0351 – 563 556 30
danilo.starosta@kulturbuero-sachsen.de
lisa.bendiek@kulturbuero-sachsen.de
tamine.zarif@kulturbuero-sachsen.de

FACHSTELLE EMPOWERMENT & GEMEINWESEN

Mobiles Jugendkulturbüro

Daniel Krellmann / Ina Lorenz
0351 – 323 36 60 / 0178 – 617 48 42
junge-demokratie@kulturbuero-sachsen.de

FACHSTELLE BILDUNGSANGEBOTE

Projektkoordination

Anja Thiele
0341 – 24 68 90 86
anja.thiele@kulturbuero-sachsen.de

Bildungsreferent*innen

Elisabeth Teubner/Johannes Richter
0341 – 24 68 90 86
elisabeth.teubner@kulturbuero-sachsen.de
johannes.richter@kulturbuero-sachsen.de

IMPRESSUM

Redaktion:
Kulturbüro Sachsen e. V.
Geschäftsstelle
Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Geschäftsführung:
Grit Hanneforth
Telefon: 0351 - 272 14 90
buero@kulturbuero-sachsen.de

Satz/Layout:
Nadine Rothe

Fotos:
Kulturbüro Sachsen e.V.
www.pexels.com

März 2021

VORSTAND

Stephan Meister
Marianne Thum
Matthias Klemm

Die Mobile Beratung des Kulturbüros Sachsen e.V. wird gefördert durch:



Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA sowie des Freistaates Sachsen dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen und der Herausgeber die Verantwortung.

Um unser Engagement auch zukünftig abzusichern, braucht es neben den Zuwendungen aus den Förderprogrammen auch die Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen. Denn die Fördergelder können nur dann abgerufen werden, wenn der Verein einen beachtlichen Eigenanteil, die sogenannte Kofinanzierung, aufbringen kann. Dazu kommt, dass mit den streng projektgebundenen Mitteln, die im Normalfall ein Jahr im Voraus beantragt wurden, nicht flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden kann. Kurzfristig notwendige Aktivitäten wie z.B. Kampagnen sind damit nicht möglich.

DESHALB: UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT EINER SPENDE

IBAN: DE 288 5020 500000 3587 301
BIC: BFSWDE33DRE
Bank für Sozialwirtschaft
Inhaber: Kulturbüro Sachsen e. V.
Verwendungszweck: Demokratieentwicklung

Wenn es Ihnen ein Anliegen ist, unsere Tätigkeit eher längerfristig zu begleiten und zu befördern, dann denken Sie darüber nach, ob eine Fördermitgliedschaft in unserem Verein die Variante ist, die besser zu Ihren Zielen und Ansprüchen passt.

Wir danken Ihnen für Ihre Spende!
Ihr Kulturbüro Sachsen e. V.
www.kulturbuero-sachsen.de



Jede Spende ist wertvoll! Vielen Dank!

WIR HABEN MÄCHTIG WAS BEWEGT!



Veranstaltung zum
Prozess Freistaat Sachsen
gegen Lothar König 2013



Demonstration am
13. Februar 2013
in Dresden



Drei Beratungsteams
unterwegs



Protest gegen die
Festschreibung der sog.
Extremismusklausel als
Förderbedingung 2011,
Henning Homann
und Kati Lang



Workshop 2009



Netzwerk Tolerantes
Sachsen 2009



Unteilbar Demo
in Dresden 2019